

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Geschieht Kollich außer Montage.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsseitigen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 23. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

The Queen.

Osborne, 22. Januar. (S. L. V.)
 Die Königin Victoria ist kurz nach 6 1/2 Uhr
 abends verstorben.

Statesman Pearboof brachte in dem Bande für das Jahr 1897, in dem das 60. Regierungsjubiläum der Königin Victoria — The Queen, die Königin, wie sie allgemein kurzweg in England genannt wurde — gefeiert wurde, zwei Weltkarten, auf denen der englische Landbesitz im Jahre des Regierungsantritts und des 60jährigen Jubiläums der Königin gegenübergestellt war, sicherlich ein lehrreiches Bild von der ungeheuren Ausdehnung des englischen Kolonialbesitzes in diesen 60 Jahren. Ebenso überwältigend würde der Vergleich zwischen Englands Volkszahl, Industrie, Handel, Volksschulwesen, seiner Gesetzgebung, Entwicklung der Arbeiterorganisationen, der Naturwissenschaften, der Technik am Anfang und am Ende dieser Periode wirken. Niemand ist aber an dieser Entwicklung unschuldiger als die Repräsentantin von Englands Staatswesen. England hätte sich nach außen wie nach innen genau ebenso entwickelt, wenn nun Albert Eduard sein fünfzigjähriges Landesvater-Jubiläum feiern würde, wenn der in Gemüden residierende Präbident auf den Weltenthron Herr in den englischen Königsschlössern wäre. In kaum einem Lande, selbst nicht in den meisten Republiken, ist der Einfluß des Staatsoberhauptes ein so geringer, die Befugnisse desselben so eng umschrieben, wie gerade in England, die Machtlosigkeit der englischen Monarchie geht so weit, daß der zum Ministerpräsidenten designierte Staatsmann nicht nur die Minister auswählt, sondern zu Gunsten der von ihm vertretenen Partei den maßgebenden Einfluß auf die Zusammensetzung des Hofstaats, auf die engste Umgebung des Monarchen ausübt. Mr. Mac Kinley im weichen Hause zu Washington hat fastlich bedeutend mehr Macht, einen viel größeren Einfluß auf die Politik des von ihm repräsentierten Landes, als der englische Monarch. Keinem englischen Monarchen gelang es, die Wirkungen der glorreichen Revolution auf die Dauer auszulöschen. In England regiert die Mehrheit des Parlaments, der Monarch ist ein machtloser äußerer Repräsentant des Reichs, den das englische Volk reich entlohnt, dem es alle Ehren und Freuden des Monarchen, aber keinerlei maßgebenden Einfluß auf die Regierungsgeschäfte einräumt.

Wenn man beim Tode des französischen Monarchen ausrief „Le roi est mort, vive le roi rien à changer“ (Der König ist tot, es lebe der König, nichts hat sich geändert), so gilt dies Wort, wenn auch im anderen Sinne als im alten Frankreich im modernen England. Ob die Königin Victoria oder ihr Sohn, oder ihr Enkel im Buckingham Palace oder auf Schloß Osborne oder Balmoral residiert, das bleibt sich völlig gleich für die von Salisbury, Chamberlain und ihren Kollegen weitergeführte Politik. Lord Kitchener wird in Südafrika nicht nach anderen Anträgen zu handeln haben wie bisher, die englische Politik wird in allen Erdteilen, und in allen Teilen der inneren Politik im gleichen Geleise weitergeführt werden, als ob die Königin Victoria weiter leben würde.

Freilich daran, daß England heute nicht das letzte Restchen monarchischer Form aus seiner Verfassung gestrichen hat, ist neben dem konservativen Zuge im englischen Volke Victoria von Braunschweig-Büneburg nicht ganz unschuldig. Selten wurde das monarchische Gefühl von den Trägern der Krone so systematisch untergraben, wie von den Vorgängern der nun verstorbenen Königin. Was die drei George und Wilhelm IV. an schamloser Verhöhnung der Sitte und Moral geleistet hatten, zerstörte alle Achtung vor der monarchischen Autorität, gefährdete aufs schwerste das Ansehen der Krone. Der Scheidungsprozess Georg III. gegen seine Frau stellt einzig in der Geschichte da. Denman, einer der Verteidiger der Königin, rief in seiner 10 stündigen Verteidigungsrede, die wochenlangen Zeugenvernehmungen folgte, dem Herzog von Clarence, dem späteren König Wilhelm IV., der heftig gegen die Königin Karoline agitiert und sie auf's schändlichste verleumdet hatte, den Blick fest auf ihn gerichtet, zu: „Komm heraus, Du Verleumder, und laß mich Dein Anklage sehen. Wenn Du auch nur so viel Ehrgefühl besitzt wie ein italienischer Zeuge, so komm heraus und lege Zeugenschaft ab vor offenem Gericht. Aber Du bist schlechter als ein italienischer Meuchelmörder, Du senkst den Dolch in den Busen und willst Dein vergiftetes Stilett für das Schwert der Gerechtigkeit ausgeben.“ Schlimmeres noch hat Denman gegen den König vorgebracht. „Ihre Scham (der Königin) ist leichter als sein (des Königs) Mund“ rief er aus. Und all das wurde ohne hochgehende Entrüstung aufgenommen, denn man konnte Denman nicht widerlegen. Denman und die anderen Verteidiger der Königin erhielten das Ehrenbürgerrecht der City. Das englische Volk war in Sachen der Haussehre sehr genügsam geworden, nach Georgs IV., dieses Rassen-Erbrechers, Tode rühmte man an seinem Nachfolger Wilhelm IV., daß er zwar nicht seiner Frau, wohl aber seiner Raitresse die Treue bewahrt hatte.

Als am 20. Juni 1837 die achtzehnjährige Nichte dieses Königs, Victoria, den englischen Thron bestieg, war sie seit Wilhelm von Oranien (1689—1702) der erste Monarch, dem bei seinem Regierungsantritt kein vollbegründeter übter Ruf

voranging, ihre Vorgänger hatten es ihr leicht gemacht, sich die Sympathien der Engländer zu erwerben. Kein Gerücht hat ihren Ruf in der ersten Regierungszeit und in ihrer Ehe mit Albert von Sachsen-Koburg-Gotha getrübt, sie hat auch die ihr gezogenen Grenzen der Verfassung, von kaum zwei Ausnahmen abgesehen, respektiert; mit 18 Jahren eine blendende Schönheit, ausgezeichnet durch Grazie, gewandt im Benehmen, sicher im Auftreten, gewann sie bald eine festere Position als ihre Vorgänger. Der Thronwechsel brachte auch die Trennung Hannovers von England, der von den Engländern bitter gehaßte Herzog von Cumberland übersiedelte nach Hannover, wo er sich das Schandmal des Verfassungsbrechers auf die Stirn drückte, wo er die sich der Heiligkeit des Eids bewußten Göttinger Sieben des Landes vertrieb.

Was England in den verfloffenen 64 Jahren wurde, geschah ohne Verdienst Victorias. Wir müssen es den bürgerlichen Lobrednern jedes Monarchen überlassen, ihre Verdienste um Englands Machtfülle, um die großen inneren Reformen, um die ausgezeichneten Leistungen der Wissenschaft hervorzuheben. Sie ist unschuldig daran, daß sie die Zeitgenossin war eines Stephenson, eines Darwin, Wallace, Vister Gladstone, William Morris, Walter Crane, Thomson, Faraday, Joule, Maxwell, James und John Stuart Mill, Herbert Spencer, Guyton, Bagehot, Macaulay, Grote, Jurnes, Dickens, Thackeray, Kingsley, Carlyle, Bulwer, Ruskin und vieler anderer Geistesheroen, die zu ihren Lebzeiten wirkten. Wol hat man die letzte Periode englischer Dichtkunst die Victorianische Ära hier und da genannt, doch hat die Königin, die ja — es ist zwar schwer, ihre Verdienste von denen ihrer Sekretäre zu trennen —, nicht ohne literarische Begabung als Biographin und Briefschreiberin war, nicht einmal das Verdienst des Macanatemus. Ohne Hopsprung ist die englische Literatur und Wissenschaft zu einem der größten Ruhmesmittel Großbritanniens im letzten Jahrhundert geworden; wie Burns, Byron und Shelley verfolgt von den Mächtigen zu Klassikern der Weltliteratur wurden, so hat auch ohne allerhöchstes Protektorat englische Wissenschaft, Technik, Kunst und Poesie Triumph an Triumph zu reihen verstanden in den letzten Vierteljahrhunderten.

Die Königin Victoria ist vor der Geschichte „benso wenig verantwortlich für den Arminkrieg wie für den Boerentrieg; die Hungersnot in Indien belastet ihr Schuldkonto ebenso wenig, wie die Bemühungen Englands zur Abschaffung der Sklaverei zur ihren Verdiensten zu rechnen sind.

Sicher ist, daß diese Frau Außerordentliches erlebt hat als Königin wie als Frau und Mutter; daß ein reiches Leben, das zur Zeit der Gefangenschaft Napoleon I. auf der englischen Insel St. Helena begonnen, nun seinen Abschluß gefunden hat. Das Leben eines Gladstone und Disraeli bot aber doch bedeutend mehr Anlaß, die englische Geschichte während der Laufbahn dieser Staatsmänner zu beobachten als das Leben der Königin. Sicherlich nicht ganz mit Unrecht fand sich in einem Nachrufe auf Gladstone der Satz: „Dem Lande ist er gestorben, der Welt, nicht der liberalen Partei. Die liberale Partei war noch nie so führerlos, so bar eines jeden Lösungswortes wie jetzt.“ Kein ehrlicher Mann, kein Kenner Englands würde ein ähnliches Wort an der Bahre der Königin sprechen können. Aber es wäre doch in hohem Maße verfehlt, wollte man etwa auf das Wirken der leitenden Staatsmänner Englands Entwicklung in der Periode der längsten Regierung — the longest reign — wie manche Engländer die Zeit seit 1837 nennen, zurückzuführen. Ohne Melbourne und den Derby, ohne Russell und Roseberry, auch ohne Palmerston und Peel, ohne Disraeli und Gladstone wäre England zum führenden Industrie- und Handelsstaat geworden, wäre es zur Weltmacht herangewachsen, hätte es den Höhepunkt seiner politischen Stellung erklommen. In keinem Lande zeigt sich deutlicher wie in Großbritannien der enge Zusammenhang wirtschaftlicher Entwicklung und politischen Geschehens. Heute ist England in seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung durch die Vereinigten Staaten von Amerika und durch das Deutsche Reich bedroht, hieran ist aber die Königin ebenso unschuldig als an der tiefen Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte ihres Landes in dem ersten Halbjahrhundert ihrer Regierungszeit.

Frei ist England freilich noch nicht von dem Gezielt der Hofhistoriographen, die alles Gute, Rühliche, Schöne, was in der Regierungszeit eines Monarchen innerhalb der Grenzen des Landes in Erscheinung trat, als sein Verdienst aufzählen. Ein Engländer, der nach dem größten Verdienste seiner gnädigen Majestät gefragt wurde, persiflierte trefflich dies dumme Gebahren, indem er antwortete, das größte Verdienst der Königin sei, daß unter ihrer Regierung die Wasser-Klosetts erfunden wurden.

Man hat bei richtiger historischer Betrachtungsweise in einem ersten politischen Blatte über die Königin Victoria, obgleich sie an Alter und an Länge der Regierungszeit alle ihre Vorgänger übertraf, recht wenig zu sagen. Selbstverständlich hat die nach der Zeit ihres Regierungsantritts älteste Monarchin, die nach dem Lebensalter bloß von Leo XIII., dem Großherzog von Luxemburg und dem Könige von Dänemark übertroffen wird, sehr vieles erlebt. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern und zu ihrem übel berüchtigten Nachfolger hat sie regen Familiensinn gezeigt

und abgesehen von manchen unkontrollierten Gerüchten über Beziehungen zu einem Kammerdiener Brown in ihrer Witwenzeit ist ihr Ruf als Frau unbemakelt geblieben. Mit der Königin von Dänemark teilte sich die Kaiserin von Indien in den Titel der „Großmutter Europas“, mit der Mehrzahl der regierenden Familien war ihr Haus verwandt und verschwägert; sie war mit ihrer Base in Kopenhagen die eifrigste Heiratsvermittlerin in Europa; zahlreiche Kinder und Enkel sah sie ins Grab sinken; schwer ertrug sie diese Schicksalschläge, da sie eine gute Mutter und Großmutter war, die sich den Pflichten der Erziehung ihrer Kinder nicht entzog; ihre Memoirenwerke und Briefwechsel legen davon Zeugnis ab. Ein sympathischer Zug ihres privaten Lebens war auch, daß sie gefallenen Größen die Freundschaft nicht entzog, Louis Philippe und seine Familie, Napoleon III. und Eugenie fanden bei ihr menschliche Teilnahme und manchen werten Freundschaftsbeweis nach ihrer Vertreibung aus Frankreich. Es werden von ihr auch manche unschöne Züge erzählt, wie ein ausgesprochenes Geiz, Liebe zu starken geistigen Getränken und ähnliches. So manches dieser Gerüchte mag auf ihren wenig liebevollen Sohn, dem sie viel zu lange regierte, und auf seine würdige Umgebung zurückzuführen sein.

Der neue König von England hat sich niemals durch geistige Gaben, durch Verständnis für ernste Fragen ausgezeichnet, er begnügte sich mit dem Ruhme, der best angezogene Mann Europas zu sein, sein Streben war, für die Herrenmoden ebenso maßgebend zu werden, wie es Kaiserin Eugenie für die Damenmoden war; bei den englischen Sportsleuten ist sein Ruhmesstück, daß Pferde aus seinem Stall zweimal das Derbyrennen gewonnen hatten. Sein Verkehr mit den Rothschilds und andren Finanzgrößen, denen er sehr viel schulden soll, seine Beziehungen zu Rennpferdhaltern und Jockeys, seine skandalösen Abenteuer in einer Falschspielergesellschaft, seine unzulge Bekanntheit in den Kreisen der Halbwelt aller europäischen Hauptstädte werden es ihm leicht machen, in die Fußstapfen der drei George zu treten. Den Bekämpfern der Monarchie in England wird es unter seiner Regierung nicht an Agitationsstoff fehlen, man wird von ihm am Ende seiner Regierung kaum sagen können, was der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“ am Schluß seiner Betrachtung über das englische Jubiläumjahr 1897 schrieb:

„Die Demokratie hat in den sechzig Regierungsjahren der Königin Victoria gewaltige Fortschritte gemacht und das ganze öffentliche Leben durchdrungen, aber der Thron in England zeigte sich 1897 sehr viel fester als 1837. Zum Teil ist dies der klugen Zurückhaltung seiner Inhaberin geschuldet, zum Teil aber auch der Abneigung des Volks, eine Einmischung zu verwerfen, ehe sie sich als völlig unbrauchbar erwiesen hat, und einen „Sprung ins Dunkle“ zu machen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar.

Die Oberregierung.

Die Drefeld-Affaire ist der agrarischen und industriellen Unternehmerrasse überaus fatal. Der konservative und national-liberale Kapitalismus, der seinem Drefeld reichlichen Dank schuldet, steht voller Bestürzung die Enthüllung der ganzen Geheimnisse centralverbändlerischer Ministerfärserei und Ministerbeherrschung, Weber gegen die Echtheit unserer Veröffentlichung noch gegen die Nichtigkeit der in ihr über die Drefeld-Affaire Intimitäten mitgeteilten Thatsachen läßt sich das geringste vorbringen. Die Wöden des Regierungssystems im Staate der socialen Reform sind sichtbar gemacht worden vor aller Augen. Was soll die Presse jener Parteien beginnen?

So oft bisher die Behauptung des Klassenstaats aufgestellt wurde, schrie man über Verleumdung des Staats der gleichen Fürsorge für alle seine Angehörigen. Sprach die Socialdemokratie von Abhängigkeit der Regierung, so feierte man die Regierung über den Parteien. Jetzt, da der Beweis der socialdemokratischen Behauptungen in einer Gläubigkeit erbracht ist, der niemand widerstreiten kann, — erklärt der Chorus der Unternehmerrasse: die Sache ist gänzlich bedeutungslos.

Durch die Wanzentaktik des Totschweigens sucht man den Folgen der Feststellung der Oberregierung möglichst glimpflich zu entrinnen. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist freundlich genug, das Verlegenheitsrezept in voller Ausführlichkeit mitzutellen; sie erklärt:

Es würde unsres Erachtens sachgemäß und zweckmäßig sein, wenn die bürgerlichen Parteien diesen Veröffentlichungen argentüber, soweit es möglich ist, den Standpunkt der Nichtbeachtung einnehmen wollten. Der neuerdings veröffentlichte Wandsche Brief ist an sich bedeutungslos. Er kann nur Bedeutung gewinnen, wenn er über seine eigentliche Bedeutung hinaus aufgebauscht wird. Das kann aber nur geschehen, wenn die bürgerlichen Parteien der Socialdemokratie in ihrem Aufbauschungsbestreben Herrensfolge leisten. Deshalb würde es gut sein, wenn man den Brief nur seiner Bedeutungslosigkeit entsprechend behandeln würde. Das sollte auch die Staatsregierung thun. Man scheint dort aber etwas nervös geworden zu sein. Gestern erschien schon im Reichstage der Minister Drefeld auf der Wüdsfläche, um, wie man glaubte, den Anzapfungen des Abgeordneten Weus zu antworten. Eine solche Antwort hielten wir gestern für vollkommen unnötig. Je weniger man auf die socialdemokratischen Tiraden eingeht, um so mehr wird die Ausprägung solcher Veröffentlichungen für das Partei-Interesse gehindert.“

Am angenehmsten wäre es der Zunftpresse, wenn sie ihr Schweigegebot auch über uns verhängen könnte. Leider steht sich das Verlangen nach einem Socialistengesetz, mit dem das Organ des Centralverbands, die „Berl. Reichst. Nachr.“ gleich der „Kreuzzeitung“ unsere Enthüllung beantwortet, der Erfüllung fern.

Wenn das Agrarierblatt und andre Blätter den Inhalt des Bued-Briefs als bedeutungslos darzustellen versuchen, so entspricht dies allerdings ihren wirtlichen Ueberzeugungen. Die Agrarier haben stets so gearbeitet, wie es der Bued-Brief vom Centralverband enthielt. Die Agrarier haben stets durch diese Methoden der Ministerbeeinflussung und Ministerknechtung ihr politisches Spiel geübt. Ihnen erscheint als selbstverständlich, daß die Regierung nach der Weise der herrschenden Klassen tanzt. Wenn der „Deutschen Tagesztg.“ etwas an der Sache mißfällt, so nur, daß neben der agrarischen Camarilla eine centralverbandlerische Konkurrenz-Camarilla besteht und Einfluß hat.

Neues ist also gewiß nicht durch den Bued-Brief bekannt gegeben worden. Stets wurden so im absolutistischen Deutschland die Regierungsgeschäfte betrieben. Neu ist nur, daß das, was stets war und stets abgelehnt wurde, alienmäßig und unwiderleglich festgelegt ist. Die „Frankf. Zig.“ sagt mit Recht von ihrem Bued-Brief: **Er wird ein geschichtliches Dokument bleiben.**

Die Centrumpresse beginnt sich anscheinend der Gefährlichkeit der zuerst von ihr versuchten Vertuschung der Angelegenheit bewußt zu werden. Die „Germania“, die gestern alles in Harmlosigkeit auflösen dachte, hat sich mittlerweile zu einer allerdings noch immer überaus milden Kritik fortgemauert, indem sie erklärt:

„Im übrigen können alle Instanzen der Reichsregierung wie der preussischen Regierung daraus ersehen, wie gefährlich es für sie ist, einer einzelnen Interessensvertretung anders als in offizieller Weise gegenüberzutreten. Die Indiskretionen des „Vorwärts“ werden ihr Gutes haben, wenn sie dazu beitragen.“

Etwas unsanfter behandelt die „Köln. Volksztg.“ das „socialpolitische Examen“ des Ministers Vrefeld durch den Vertreter der Großindustrie:

Günstigerweise ist durch die Enthüllungen über die Mängelheiten des Centralverbands und durch die rühmredigen Baudereiten des Herrn Bued dafür gesorgt, daß der Verband die alte allmächtige Rolle nicht mehr spielen kann. Die Regierung ist durch die enge Verbindung mit ihm zu sehr bloßgestellt, als daß sie sich nicht zurückhalten möchte. So oft sie Socialpolitik im Geiste des Centralverbands treiben will, gerät sie in den Verdacht, unter seinem Einflusse zu handeln, und einen solchen Verdacht zu vermeiden, ist sie ihrem eignen Ansehen schuldig.“

Eine kurzweilige Räubergeschichte über die Herkunft unserer Verordnungen erzählt die „Berl. Reichst. Nachr.“. Ein Beamter des Centralverbands soll die Schriftstücke aus den Akten entwendet haben. Der Beamte sei zehn Jahre lang im Bureau des Verbands beschäftigt gewesen und habe volles Vertrauen gehabt. Im letzten Sommer sei er sogar in eine wesentlich bessere Stellung eingetradt. Denn es sei in Erfahrung gebracht worden, daß er Socialdemokrat sei und bei der letzten Reichstagswahl schon socialdemokratische Stimmzettel verteilt habe. In der Zeit, die den Veröffentlichungen voranging, sei von seinen Kollegen bemerkt worden, daß er sehr reichlich mit Geld versehen war, während früher fast immer das Gegenteil bei ihm der Fall war. Wahrscheinlich hätten seine Parteigenossen ihn zum Auktauraub angestiftet. Im Dezember habe er freiwillig seine gute Stellung aufgegeben und sei nach Böhmen ausgewandert.

Unrichtig ist in der Geschichte der „Berl. Reichst. Nachr.“ nur, daß der Beamte Bued's 1898 socialdemokratische Stimmzettel verteilt habe; so unvorsichtig ist er nicht gewesen, und die Socialdemokratie braucht nur sehr vorsichtige Leute. Sonst aber wollen wir, da das Centralverbands-Organ so viel weiß, nicht anstehen, die Biographie unsres Helfers zu vervollständigen. Die Socialdemokratie hat dem Manne die doppelte Höhe seines Gehalts im Centralverband auf Lebenszeit und eine reichliche Rente für seine Nachkommen bis zum Beginn des socialistischen Zukunftsstaats ausgesetzt. Sie hat ihm dafür die Verpflichtung auferlegt, nach Böhmen zu gehen, wo er vorläufig in das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eingeschmuggelt worden ist, um die dort befindlichen, für die internationale Socialdemokratie höchst wichtigen Akten auszuliefern. Nach dem Gelingen dieses Plans und nach Verjährung der im Centralverband verübten Unthaten wird er von und im persönlichen Dienst eines Monarchen der Dreibundstaaten verwendet werden.

Der socialpolitische Hemmschuh.

Den Versuch des Grafen Posadowsky, die Verantwortung für den Stillstand der Socialpolitik dem Bundesrat aufzuhalten, beantwortet die „Kugaburger Abendzeitung“ wie folgt:

„Der Staatssekretär Graf Posadowsky befindet sich ja, seitdem die 12 000 Mark-Anglegenheit bekannt geworden ist und zu wiederholten persönlichen Angriffen auf ihn und seine ganze Amtsführung Anlaß gegeben hat, unzweifelhaft in einer sehr schwierigen Lage. Der Reichszangler hat ohne Umschweife das Verfahren als einen „Mißgriff“ gekennzeichnet und alle Redner im Reichstage mit einziger Ausnahme des Abg. Dr. Rösche vom Bunde der Landwirte haben es gleichfalls mehr oder minder scharf gemißbilligt. Unter diesen Umständen wird man es begreiflich und entschuldbar finden, wenn Graf Posadowsky neuerdings das Bestreben bekundet, seine Person nach Möglichkeit aus der parlamentarischen Schußlinie zu bringen und sich nach einer sichereren Deckung umzusehen. Wenn er dabei aber neuerdings auf die Taktik verfallen ist, sich als einen ganz einflusslosen Faktor in der Reichsverwaltung, als einen „Beamten in einem Föderativstaate“ hinzustellen, der lediglich den Willen und die Wünsche der verbündeten Regierungen zur Ausführung zu bringen hat und keinerlei eigene Initiative, keinen persönlichen Einfluß besitzt, so muß dieser Weg seiner Verteidigung doch **ernste Bedenken erwecken**. Es schließt nur noch, daß Graf Posadowsky hinzusetzte — zwischen den Zeilen seiner Ausführungen kann man es beinahe lesen —, daß er auch lediglich einen Auftrag der verbündeten Regierungen ausgeführt habe, als er jene 12 000 Mark vom Centralverband der deutschen Industriellen erbitten ließ! Wer die tatsächlichen Verhältnisse kennt, wird nicht ohne ein Acheln die Schilderung aufnehmen können, die Graf Posadowsky von seiner Stellung entworfen hat. Der Theorie mag sie einigermaßen nahe kommen, von der Wirklichkeit entfernt sie sich ganz bedeutend. Graf Posadowsky hat anzuführen dergestalt, daß er nicht nur Staatssekretär im Reichsamt des Innern ist, sondern auch Stellvertreter des Reichszanzlers, als welcher er namentlich unter dem Fürsten Hohenlohe in den meisten inneren Fragen des Reichs einen maßgebenden Einfluß ausübte, daß er außerdem im Bundesrat, in welchem er gewöhnlich den Vorsitz führt, meist der stimmführende Minister Preußens ist und als solcher im Verein mit den Vertretern der Preußen meist folgenden kleineren Staaten in allen Fragen, die nicht eine besondere grundsätzliche Bedeutung haben, welche letztere mitunter — nicht oft — zu Meinungsverschiedenheiten führen, den Ausschlag giebt. Ja, als Staatssekretär des Innern, dessen Amt dafür ja naturgemäß in erster

Linie maßgebend sein muß, hat er bisher in socialpolitischen Fragen häufig genug seine Auffassung und seinen Willen nicht nur gegen mittlere und kleine Bundesstaaten durchgesetzt, sondern sogar gegen Preußen selbst. Es sei nur daran erinnert, daß die preussischen Finanzminister namentlich in Uebereinstimmung mit dem preussischen Handelsminister bei der jüngsten Umgestaltung der Invalidenversicherung die Rentenstellen nachdrücklich bekämpft haben, aber erfolglos, weil das Reichsamt des Innern daran festhielt. Einzelwelche würden wohl noch zahlreiche ähnliche Fälle anführen können. Das Reichsamt des Innern ist zwar selbstverständlich bei allen seinen gesetzgeberischen Plänen an die Zustimmung der Mehrheit des Bundesrats wie des Reichstags gebunden. Aber es wird dem Grafen Posadowsky kaum gelingen, den Beweis zu führen, daß ihm gegenüber die Mehrheit der verbündeten Regierungen auf socialpolitischen Gebieten die Rolle des Hemmschuhs je gespielt haben. Selbst in der Frage des obligatorischen Kennzettel-Adressenklusses, von dem die meisten Regierungen gar nichts wissen wollten, gab er schließlich nach, um das Zustandekommen der Novelle zur Gewerbe-Ordnung nicht zu gefährden. Man kann daher dem Grafen Posadowsky in dessen eigenem Interesse nur raten, die Taktik, die verbündeten Regierungen zu Säubensböden zu machen, schleunigst aufzugeben und sich nach einer andern Verteidigungsmethode umzusehen. Die von ihm neuerdings befolgte Taktik nur unnötig böses Blut bei den deutschen Bundesstaaten erregen.“

Die „Kugaburger Abendztg.“ ist offizielles Regierungsorgan, und ihr Münchener Vertreter empfängt täglich beim bayerischen Ministerpräsidenten seine Informationen. Es ist also wohl kaum anzunehmen, daß dieser Fehdebrief ohne Wissen des Herrn v. Crollshelm entlassen wurde. Ebenjowenig Berechtigung dürfte aber die optimistische Anschauung haben, diese Erklärung sei der eignen Initiative der bayerischen Regierung zu danken. Bei der bekannten Abhängigkeit des Ministeriums Crollshelm von Berlin, bei seinem Eifer, keinen von Norden kommenden Wind unbeachtet zu lassen, erscheint es ganz begreiflich, wenn die Vermutung besteht, daß man im Reichszanzleramt den citierten Artikel nicht ungerne sieht.

Es ist das Verhängnis des Grafen Posadowsky, je eifriger er sich rechtfertigen will, um so vielfeitigeren Anstoß zu erregen. Er hat es nun so ziemlich mit jedermann verboden.

Bemerkenswert ist besonders in den Ausführungen des bayerisch-offiziellen Blatts der Herr Vrefeld betreffende Hinweise. Wir erfahren, daß der preussische Minister für Handel und Gewerbe die Seele des Widerstands gegen die Rentenstellen gewesen ist, daß er auch in dieser Angelegenheit einen Posadowsky noch an Mäßigkeit übertraf. Und Herr Vrefeld obfiegte über Posadowsky die Darstellung der „Kugaburger Abendztg.“ ist in dieser Hinsicht unrichtig. Wenn auch die Rentenstellen in dem Gesetz verblieben, so doch in so unzureichender Gestalt, daß ihre Gegner eher Befriedigung daran haben dürften als ihre Freunde. Der hartnäckige Kampf der Agrarier und Centralverbändler gegen die Rentenstellen erklärt sich nun leicht aus der bisher nicht bekannten Thatsache, daß diese Leute im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe sichern Rückhalt wuhun.

Herr Vrefeld entpuppt sich immer mehr als getreuer Exekutor der äußersten socialpolitischen Reaktion, als Förderer der geringfügigsten Reformen, die selbst ein Posadowsky befürwortet. —

Reichstag.

Der achte Tag der socialpolitischen Debatte, die unter dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern“ läuft, brachte zunächst eine Erwiderung unsres Genossen Horn auf die Kritik, die Graf Posadowsky jüngst gegen die Behauptungen unsres Genossen über die Zustände in der Glasindustrie gerichtet hatte. Der wildkonserervative, antisemitisch schimmernde Abgeordnete von Potsdam, Herr Pauli, ein Tischlermeister seines Zeichens, bewies, daß die kleinen Kräuter das Scharfmachen ebenso gut verstehen, wie die großen Häuser des Centralverbands: mit brutalster Offenheit forderte er den Ausschluß aller socialdemokratischen Arbeiter aus den Staatsbetrieben. Nebenbei griff er die Väterreberordnung an und trieb ein bishigen Judenhege, indem er mit der köstlichen Entdeckung anpartete, daß die von Bued gestern gerügten Mißstände in den Ziegeleien hauptsächlich in solchen Betrieben zu finden seien, die in jüdischen Händen wären.

Der Nationalliberale Münch-Ferber verlangte die Errichtung einer staatlichen Kunstschule für Handel, Industrie und Landwirtschaft, die im weiteren Verlauf auch der Freisinnige Vell befürwortete. Der agrarische Pferdeschuh kam in der Rede des Herrn Münch-Ferber zum Vorschein. Er schalt kräftig auf die Handelskammer-Berichte, was den in seiner Kaufmännischen Ehre getroffenen Abg. Vell zur Abwehr veranlaßte.

Zwischendurch suchte Graf Posadowsky die schönfärbische Statistik über die Leistungen der deutschen Versicherungsgesetzgebung, mit denen man auf der Pariser Weltausstellung paradiert hat, gegen die Kritik zu verteidigen, die Hoch im Anschlag an die Legiense Drohsäure jüngst dagegen gerichtet hat.

Genosse Albrecht fertigte den kleinen Scharfmacher Pauli gründlich ab und forderte Herrn Dr. Hertel, den Specialisten für angebliche Mißstände in Arbeiter-Konsumvereinen auf, sich lieber um die Beförderung der mehr als miserablen Löhne zu bemühen, die in agrarischen Konsumvereinen gezahlt werden. Außerdem wies er an der Hand der Fabrikinspektoren-Berichte nach, daß die Verordnung, die der Bundesrat 1897 für die Konfektionsarbeiter erlassen hat, außerordentlich mangelhaft sei und dringend der Reform bedürfe.

An dieses Geplänkel schloß sich eine große Rede Bollmars, die der Socialpolitik des Centrums gewidmet war. Mit prächtigem Humor hielt er den Ultramontanen ihr reichhaltiges Sündenregister vor und bewies, daß sie die Mitschuld am Stöden der Socialpolitik trage. Ausführlich ging er auf den Zuldaer Bischofsbrief und die christlichen Gewerbevereine ein, wie hier innere Gejeje der Entwicklung auch die katholischen Arbeiter zu Rebellen gegen ihre geistlichen Führer und das Unternehmertum werden lassen. Zum Schluß bewies er dem Grafen Posadowsky an dem Beispiel Frankreichs, daß ein socialistischer Minister für die Socialpolitik noch nicht das Ende eines Staats bedeute.

Herr Hise versuchte sich in einer recht schwachen Entgegnung, in der er tüchtig die Erwiderung auf die Hauptangriffe Bollmars auf später verschob.

Herr Dr. Müller-Sagon erklärte noch kurz, daß die Mannesjeden des Freisinn sich nicht entschließen könnten, für unsre Resolution in Sachen der 12 000 Mark-Affaire zu stimmen. Dann wurde ein Vertagungsantrag angenommen. Morgen ist Schwerktag; die Wohnungsnot steht zur Debatte. —

Das Abgeordnetenhaus

erledigte am Dienstag zunächst die Reste des Forstkaiss und beriet sodann in zweiter Lesung den Etat der Domänenverwaltung. Bekanntlich sind die Erträge aus den Domänen zurückgegangen, für die Agrarier ein neuer Beweis von der Notlage der Landwirtschaft und für die Mitglieder des Hauses Grund genug, um an diese Erscheinung anknüpfend wieder einmal eine agrarische Notstandsdebatte zu entfesseln. Es war eine Art Vorposten-Gesicht zwischen den Abgg. Ehlers, Dr. Barth und Gothein von der freisinnigen Vereinigung auf der einen und den Abgg. v. Kardorff (fr.), Frhrn. v. Wangenheim (L.) und Gerold (L.) auf der andren Seite. Während die Freisinnigen die jegliche Handelsvertrags-Politik verteidigten, suchten die Agrarier den Nachweis zu führen, daß die Caprivische Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft den Todesstoß verleiht habe und daß nur hohe Zölle sie noch überleben hätten könnten. Auf Seiten der Freisinnigen zeichnete sich besonders Abg. Dr. Barth durch die Schärfe seiner Rede und durch die geschickte Art aus, wie er den Brotmeterern zu Leibe rückte. Er legte namentlich Gewicht darauf, nachzuweisen, daß der Preis von landwirtschaftlichem Boden nirgends so hoch sei wie in Deutschland und daß die Erhöhung der Getreidezölle den Grund und Boden noch weiter künstlich verteuern würde, so daß also thatsächlich die Landwirtschaft in ihrer Mehrheit gar keinen Vorteil von höheren Zöllen habe. Andererseits gab sich Dr. Barth eine Blöße, indem er den Agrariern vorwarf, daß sie mit dem Brot- und Fleischwucher nur der Socialdemokratie in die Hände arbeiten, denn er bot dadurch dem Führer des Bunds der Landwirte die erwünschte Gelegenheit, die Gefinnungsgenossen des Herrn Barth auf den Wohnungs- und Kohlenwucher hinzuweisen, der ebenso gefährlich sei, wie der Brot- und Fleischwucher. Hier bewahrheitete sich wieder der alte Satz, daß wenn zwei sich streiten, die Wahrheit an den Tag kommt. — Bemerkenswert ist es, daß die Nationalliberalen sich an der Debatte nicht beteiligten.

Nach dem Rede-Duell Barth-Wangenheim wurden die meisten Positionen des Etats debattelos genehmigt. Bei der Position „drei Millionen als erste Rate zur Vorbereitung und Ausführung des Verkaufs der hierzu bestimmten Teile der Domäne Dahlem“ regte Abg. Dr. Krüger (fr. Sp.) an, die Regierung möge das Terrain nicht für Villenbauten erschließen, sondern den benachbarten Gemeinden Teile davon überlassen, damit diese hier Wohnungen für ihre Arbeiter errichten könnten. Auf Gegenliebe stieß dieser Vorschlag nicht, für das große Terrain ist die landhausmäßige Bedienung in Aussicht genommen. Anscheinend hat sich die Regierung aus rein fiskalischen Gründen die Gelegenheit, ihrerseits etwas zur Linderung der Wohnungsnot zu thun, entgehen lassen.

Am Schluß der Sitzung spielte sich noch in Form einer Geschäftsordnungs-Debatte der erste Akt der Kanal-Ver-schleppungs-Komödie ab. Der kanalfreundliche Präsident v. Kröcher erklärte, daß er die Absicht habe, die Kanalvorlage am nächsten Dienstag auf die Tagesordnung zu setzen, obwohl es ihm eigentlich erwünscht wäre, die erste Lesung bis zur Beendigung der zweiten Etatsberatung, d. h. bis zum März, hinauszuschieben. Auf Vorschlag der Abgg. Graf Limburg-Sturum (L.), Dr. Parsch (L.) und Frhrn. v. Jedlich (fr.) wurde die erste Lesung vorläufig auf acht Tage, bis in die erste Februarwoche, vertagt. Fortsetzung folgt.

Am Mittwoch stehen kleinere Etats zur Beratung. —

Deutsches Reich.

Der zerstückte Mirbach.

Unser Freund und Gönner, der Herr v. Mirbach, ist ganz und gar nicht mehr in der frohgemuten Rhinocerosstimmung. Sein Herz ist derzeit verwundet und er empfindet tiefbewegt die verdoppelte Feindschaft von Satans Töde.

Herr v. Mirbach hat nämlich in der Generalversammlung des Evangelischen Kirchenbauvereins eine Rede gehalten, die für unsre Frommen recht bezeichnend ist und deshalb eine auszugswweise Wiedergabe verlohnt. Das Oberhaupt der Kirchenbauvereine äußerte u. a.:

„Bei den traurigen Verhältnissen im vergangenen Jahre in einzelnen Berliner Banken hat man auch unsre Vereine, den Evangelischen Kirchenbauverein, den Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein und dessen Potsdamer Zweigvereine sowie mich persönlich in einem Teile der Presse, namentlich der socialdemokratischen, in verdächtiger und gehässiger Weise hineingezogen. Man hat von großen Beiträgen erzählt, die wir von dort noch bis zuletzt erhalten, von großen Verlusten, die wir dort durch schlechte Kostenverwaltung und schlechte Kontrolle erlitten hätten, und hat daran im weitesten Umfange alle möglichen persönlichen Verdächtigungen und Angriffe geknüpft. Alle diese und ähnliche Erfindungen... sind ohne jede Ausnahme unwahr. Ich persönlich bin es ja seit Jahren, wenn auch manchmal mit verwundetem Herzen, gewohnt, die Pfeilscheibe des Hasses einer gewissen Presse zu sein. Daß ich mir in meinem Amte und in meinem Wirken Nähe gebe, unsem Herrn und Heilande zu dienen, daran nimmt die Welt ein Interesse — oder sie verachtet es nicht. Der Zusammenhang unsrer Vereine mit den tiefschmerzlichen Ereignissen besteht darin, daß die Leiter jener Banken durch das jahrelange allgemeine Vertrauen und die allgemeine Achtung, welche sie genießen, zu **Schatzweibern unsrer Vereine gewählt** worden und als solche ihres Amtes unter steter Kontrolle unsrer Vorstände sorgfältig und zu unsrem Danke gewaltig haben. Wir können uns daher nicht entschließen, über diese Männer abzurteilen, ehe die Untersuchungen nicht vollständige Klarheit gebracht haben.“

Unsere Vereine haben seit ihrem ersten Entstehen fast fortwährend mehr oder weniger heftige Angriffe und Verdächtigungen zu ertragen gehabt. Ich erinnere nur an die Zeit vom Winter 1887/88, wo auf Anregung unsres jetzigen Kaiserpaares der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein begründet wurde. Der Verein sollte damals als politisch verächtlich à tout prix tot gemacht werden und es wurde sogar versucht, bei dem alten Kaiser, bei der Kaiserin Augusta und bei dem schwerverkranken Kronprinzen Mißtrauen zu erregen. Aber bald trat das ehrendürftige alte Kaiserpaar selbst an die Spitze. Kaiser Friedrich unterzeichnete stehend die Urkunde am 4. Mai 1888 zur Begründung des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins, aus welchem unser Verein und zahllose andre Vereine hervorgegangen sind — und welcher reiche Segen ist hieraus für unser ganzes Volk, namentlich für die Arbeitermassen erwachsen. Wie ist hier von unsrem Kaiserpaar und von diesen seinen eigensten Wecken ein Strom des Segens über das ganze Land ausgegangen! Aber gerade, weil durch diese Arbeiten das Reich Gottes, weil die Ehre und Welt überwindende Kraft des Evangeliums Fortschritte gemacht hat, gerade deshalb **erhebt sich mit doppelter Feindschaft des Satans Töde** — groß' Mühe und viel' List sein unruhig' Mächtig ist. Dadurch dürfen wir uns nicht irren lassen. Möchten wir immer mehr erkennen, wie wichtig es ist, daß alle diejenigen, welche für das Wohl unsres Volks das eine, was Ret-tant, als höchstes Ziel erstreben, höhere Widerstandskraft und Streitigkeiten bei Seite schieben und sich fester zusammenschließen, um dem Vordringen der Mächte der Finsternis

ein mächtiges Volkwerk entgegenzustellen. Es ist erschreckend, zu sehen, wie weite Kreise unseres Volks, namentlich diejenigen, denen der größte Teil unserer Wohlthätigkeit zukommt, durch die Mächte des Hasses und der Lüge vergiftet und systematisch gegen die Kirche und ihre Werte, gegen Christentum und Thron ausgehetzt werden. Wir müssen dagegen mit verdoppelter Kraft unsere Liebesarbeit einsetzen, um das Böse mit Gutem zu überwinden. Wir haben im vergangenen Jahr in schauerliche Abgründe des großstädtischen Volkslebens getaucht, gegen die wir doch schließend ohnmächtig sind, wenn nicht die Macht des Evangeliums das Pomier wird, um welches sich alle Treuen scharen.

Wir wissen nicht, ob Herr v. Mirbach unter den Erscheinungen der Satanikade und den schauerlichen Abgründen des großstädtischen Volkslebens den Fall der frommen — Sandenbank versteht.

Aus Ombenbriefen.

Der ultramontane Katholik „Volksefreund“ veröffentlicht in der Ausgabe vom 13. Januar den Brief des China-Soldaten Velzer von der zweiten schweren Panzerbatterie des östasiatischen Expeditionskorps, der ihm von dessen Angehörigen zur Verfügung gestellt wurde. Der Brief ist vom Fort Peifang, 22. November datiert und enthält folgende Stelle:

„Wir bekommen das Trinkwasser von den Chinesen geliefert; ehe wir das Wasser annehmen, müssen die Chinesen von demselben Wasser trinken, denn das Wasser in ganz China ist nämlich vergiftet. Am 19. November haben wir zwei Chinesen, die dies nicht wollten, dreimal aufgefördert, sie sollten trinken; sie trauten aber nicht davon. Da habe ich und noch einer von meinen Kollegen die Ehre gehabt, den ersten Chinesen totzuschießen, was für mich eine Freude war. Wir schonen nämlich niemand.“

Der Name ist genannt! Man untersuche also. Das gegenwärtige, über die Hünenbriefe eine scharfe Kontrolle gelebt wird, zeigt uns ein aus Überfeld mitgeteilter Fall. Ein an einem dortigen, keineswegs socialdemokratisches, firschtigen frommen Handwerksmeister gerichtetes Schreiben, das von seinem Sohn am 11. November in Peking geschrieben ist, gelangte eröffnet in die Hände des Adressaten. Das eine scharfe Briefentwurf ausgeht wird, geht auch aus dem Briefe selbst hervor, in dem es heißt:

„Traurig geht es hier zu, wenn ich nur alles schreiben dürfte, aber den Leuten in der Heimat werden schon die Augen geöffnet werden, wenn wir zurückkommen... Ich, wie ich mich in alle andern nach der Heimat... Gebet der liebe Gott, daß ich es erlebe... So gesund, wie ich von Hause hin gegangen, komme ich nicht wieder, auch alle andern nicht.“

Das „Widderer Tagesblatt“ veröffentlicht einen an einen dortigen Handwerker gerichteten Brief aus Peking vom 10. November. Der Brief schildert die schon öfters erwähnte, von unserer Kolonie Peking aus unternommene „Strafexpedition“ nach Tsimo, bei der es offenbar besonders wütht hergegangen ist, auch wenn man ein gut Teil der widerlichen Kränkheiten des Schreibers als Uebertreibungen abrechnete:

Wir waren 1 Kilometer vor der Stadt (85 000 Einwohner), da belamen wir von den Mauern Feuer, nur war guter Rat teuer, jetzt gollt es den letzten Tropfen Blut. Vardon gab es also nun nicht mehr. Infanterie und die zwei Geschütze gaben ein mörderisches Feuer. Ich erhielt einen kleinen Streifschuß am linken Unterschenkel. Demen haben wir aber gezeigt, was deutsches Weisheit ist; in 25 Minuten waren wir drin, und nun ging's drunter und drüber. Nur Vagon, 17 Stück, habe ich auf meinem Gewissen, ein Schwerer schlug mich sogar mit einem Knüttel auf den Kopf, das ich fast bewußtlos wurde, da den habe ich zerfleischt zu Haufes. Nun wurde, als die Nähe hergeleitet war, der Statthalter herangezogen. Will noch bemerken, daß das halbe Rest in Flammen stand. Das rührte und gar nicht, in Gegenteil, was noch nicht brannte, wurde angezündet... Es wurde alle nach kurzer Zeit alles wieder ruhig. Wir waren 18 1/2 Tag fort, nur brauchen gelegen unter Zelten, auch gehungert, der Transport an Lebensmitteln ist hier sehr, sehr schwierig. Wir kehrten wieder nach Peking zurück, da haben wir erfahren, daß schon die zweite Strafexpedition nach Tsimo fort ist. Dort waren in den letzten Tagen sehr blutige Kämpfe, was Sie auch in den Zeitungen lesen werden; ganze Dörfer wurden gefürmt und dann niedergebrannt.“

Wie man uns aus Straßburg i. E. berichtet, wird von dem dort anässigen Bruder eines deutschen Chinafreiwilligen der freistündigen „Straßburger Bürgerzeitung“ ein Soldatenbrief zur Verfügung gestellt, der „im Bivak von Tientsin“ geschrieben ist. Der Briefschreiber (ein junger Gefässer) erzählt: „Seit gestern abend steht unser Lagerdorf, das noch zum Teil bebaut war, in Flammen. Ich war in dem Dorf, lieber Bruder! Was ich heute hier gesehen habe, stelle mir doch die Haare zu Berge. Die alten Leute flohen, die Weiber wurden meistens von den Männern getragen... Alles, was an Mobiliar vorhanden war, wurde herausgeschleppt, was nicht von selber brannte, wurde angezündet nur aus Mitleiden. Die herumsiehenden Särge wurden eingeschlagen, die Leiche von den Leichen geräubt oder in Brand gelegt. Ein alter Mann sah am Wege und weinte; als ich stehen blieb, sagte er: „Tschau-Tschau“, was bedeutet „Guten Tag“. Ich konnte ihm auch nicht helfen, da ich auch nichts hatte. Nach einer halben Stunde war er schon erschlagen und verbrannt. Sogar Weiberleichen wurden ausgezogen und zu allerhand faulem Wisz benutzt. Einzelheiten kann und will ich Dir nicht schriftlich mitteilen, da sie mich zu weit führen würden.“

Die Ursache des Feuers war die: Das Dorf war an einer Seite von Japanern bewacht, deren Wache von Chinesen überfallen und die Wohnhäuser in Flammen gesetzt wurden. Die Rache gehörte also in erster Linie den Japanern, und sollten die deutschen Soldaten sich zur Rache gereizt gefühlt haben, so hätte man doch Tote und Hilflose schonen und ruhen lassen sollen. Mit dieser meiner Ansicht stieg ich auf Widersprüche bei meinen Kameraden. Jeder Chineser, der nur widerstehen oder um eine freche Miene beziehung sollte, der muß dran glauben. Aber an einem hilflosen Rache für Retter nehmen, finde ich als höchstes Unrecht.“

Das ist also das Zeugnis eines Mannes, der nicht mit den Schandthaten remonstirt, sondern der schlicht und schäudernd schildert, was er mit eigenen Augen gesehen. Seine Ansichten freilich stehen bei den Kameraden auf Widerspruch.

Nach einem Socialstengeseß lämmt die Scharfmacherpresse. Die „Frankf. Ztg.“ giebt zur Entscheidungsgeschichte solcher Socialstengeseß-Artikel einen recht interessanten Beitrag. Sie erzählt:

„Man wird in der nächsten Zeit noch in verschiedenen Blättern solche Artikel zu lesen bekommen, man nennt das „eine Frage aufwerfen“. Es dient daher meistens zur Verhöhnung ängstlicher Leute und zur richtigen Beurteilung der journalistischen Aktien, wenn man weiß, daß diese Scharfmacher-Artikel, die von Zeit zu Zeit bald in Hamburg, bald in München, bald in Breslau und auch in Berliner Blättern auftauchen, so ziemlich alle derselben Feder entstammen. Der Feder eines ehemaligen national-liberalen Reichstags-Abgeordneten, der von Verus publiziert ist und der diese Art von Unsitte beständig mit unverminderter Liebe und Leidenschaft betreibt. Er hat namentlich in stofflicher Zeit schon oft den Erfolg gehabt, daß sich die gesamte Presse wieder einmal mit einem Unsittegesetz be-

schäftigte und vielleicht glückt's ihm auch jetzt wieder. Weiter steht nichts dahinter.“

Es ist aber gut, daß durch dieses „Weiter steht nichts dahinter“ nicht einschließen zu lassen. Es ist schließlich doch nicht ein Zufall, daß zahlreiche große Zeitungen von Einschluß desartigen Behauptungen immer wieder freundwillige Aufnahme gewähren. —

Vardon wird nicht gegeben. Der Befehl Ritzeners, keine Boeren mehr zu Gefangenen zu machen, wird durch den Brief eines höheren englischen Offiziers bestätigt, den auch die „Times“ übernommen haben. Derselbe lautet:

„Ich schreibe, was folgt, nicht ohne schwere Bedenken, da es den meisten Leuten ungläublich erscheinen wird, aber ich halte es für notwendig, da ich überzeugt bin, daß der Mann, der einen so teuflischen Plan gefaßt hat, dafür sorgen wird, sich gegen alle Folgen zu schützen und die Schuld, wenn die That geschehen ist, auf andre abzuladen. Sie wird auf die Soldaten und Regiments-offiziere geschoben werden, und ich glaube, daß deshalb die Ehre der Armee auf dem Spiele steht. Als Lord Ritzeners glaubte, seinen Feind im Käfig zu haben (der Verfasser hat vorher den Versuch beschrieben, die Bot zwischen dem Caledon und Cronjessah zu fangen), sandte er geheime Instruktionen an die Truppen, keine Gefangenen zu machen; b. h. wenn die Boeren, von allen Seiten umringt, nicht länger Widerstand leisten können und die weiße Flagge als Zeichen der Uebergabe hissen, sollen sie bis auf den letzten Mann niedergeschossen werden. Ich habe zu viel Blutvergießen gesehen, um mich leicht Hochzeiten zu lassen, und wenn diese Absicht offen ausgesprochen worden wäre, so lange sich beide Parteien in ähnlicher Lage befanden und das Kriegsgeschehniß sich eben so leicht gegen die eine als die andre wenden konnte, hätte ich darin nichts die Ehre der Armee Beschädigendes gesehen, wenn ich gleich bedauert hätte, daß wir zur Barbarei unserer angestammten Verfahren zurückkehren; aber den Krieg mit lauten Proklamationen unserer Achtung der Bräude civilisierter Kriegsführung zu beginnen, selbst so oft mit etwas demütigender Günstigkeit um Vardon zu bitten und die großartigen Bedingungen anzunehmen, die der Feind uns stets gewährte, bis schließlich der Augenblick gekommen war, wo unsere Feinde um den Vardon daten, den sie uns so oft gewährt — und sie dann schicklos abguschickten — das ist ein Akt, nicht nur so grauam, sondern so gemein und feig, daß ich mich im Augenblick, wo ich schreibe, nur mit Mühe überwinden kann, daß ich wirklich je ein englischer Offizier sein konnte. Ich erhielt den Befehl persönlich von einem General höchsten Ranges, der einen der ersten Posten in Südafrika besetzt, und der Befehl wurde zweimal wiederholt, damit kein Mißverständnis vorkommen könne. Ich fand zudem, daß alle andern höheren Offiziere um den Befehl wußten. Was private Ansichten und Absichten waren, weiß ich nicht; ich hörte aber kein Wort des Tadels.“

Anderen. Die „Tägliche Rundschau“ wünscht aus Anlaß der Veröffentlichung der Bued-Briefe einen neuen Strafparagrafen, zwar nicht gegen Minister, die öffentlich die unparteiischen Hüter des Rechts spielen und insgeheim sich in die Hörigkeit von Interessentengruppen begeben, dafür aber — gegen die Presse, die sich das Verdienst erweilt, derartige skandalöse Verhältnisse urkundlich zu beweisen. Das Blatt wünscht, daß der § 299 des Strafgesetzbuchs die folgende Fassung erhält:

„Wer von einem Briefe oder von einer Urkunde, die nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmt ist, Kenntnis nimmt und diese Kenntnisnahme widerrechtlich verwertet, wird mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Wer dieser Verwertung Vorbehalt leistet, wird als Mitthäter angesehen.“

Darauf würde z. B. Herr Liman, der kürzlich eine nicht zu seiner Kenntnisnahme veröffentlichte bestimmte Urkunde, nämlich die Geheimrechnung der De Beers-Gesellschaft, auf drei Monate ins Gefängnis wandern können — von den Fäden zu schneidern, wo Briefe von Socialdemokraten von der Post — man erinnere sich an die Reichstags-Debatte über die Verletzung des Briefgeheimnisses — abgefangen und erbrochen worden sind.

Unse herrschenden Klassen müssen in der That sehr viel Unrat zu hehlen haben, wenn sie eine solche Angst vor der Offenheit haben, daß sie sogar Schutzgesetze für die Erhaltung der Korruption fordern; denn nichts anderes bedeutet der Vorschlag der „Täglichen Rundschau“.

Dabei ist dieser Vorschlag nicht einmal consequent. Es ist doch ziemlich nebensächlich, daß die unliebsamen Enthüllungen sich direkt auf Briefe oder Urkunden stützen. Derselbe Erfolg kann doch auch durch widerrechtliche Verwertung von Mitteilungen, die nicht zur Kenntnisnahme des Betreffenden bestimmt sind, erreicht werden. Der § 299 bedarf also der Erweiterung in dieser Richtung, wenn dem Unwesen gesteuert werden soll, das der socialdemokratischen Presse die unsaubersten Geheimnisse der herrschenden Gesellschaft preisgibt. Würde solch eine Bestimmung bereits bestehen, so hätte vielleicht Herr v. Hammerstein noch heute die Ehre, unablätlicher Chefredacteur der „Kreuz-Zeitung“ und Führer der konservative Partei zu sein, und auch die Sanden und Sternberg hätten wenig zu fürchten. Allerdings hätte dann auch der Redacteur der — „Täglichen Rundschau“ bereits das Gefängnis geziert, weil er die Betriebsgeheimnisse des flottendirektors und seines Meisters Schweinburg, die nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmt waren, widerrechtlich verwertet hätte.

Unse Veröffentlichung des neuesten Bued-Briefs scheint wirklich eine Epidemie von Arretismus in der gutgemeinten Presse verurteilt zu haben. —

Gegen die deutsche Weltpolitik macht unter einer Schutzmaße die konservative „Kreuz-Zeitung“ Front. Sie leitarbeitet über den Kaptenjanner des Imperialismus in England und Amerika und kommt da zu folgendem Ergebnis:

„Summa Summarum: In England wie in Amerika kommt man mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß die ‚imperialistische‘ Politik feindsüchtig lauter Sina und Gloria bedeutet, sondern auch ihre unangenehmen Seiten hat.“

Was für England und Amerika gilt, kommt natürlich für die deutsche Chinapolitik in erhöhtem Maße in Betracht. Darauf zielt auch die verminnte Betrachtung des konservative Hauptblattes.

Die „Deutsche Tageszeitung“ benutzte den Bericht über die Verhandlungen der Konsumvereine, Lagerhalter in unserer gestrigen Nummer zu einem Leitartikel, um sich in für sie recht wenig angebrachter Weise über die schlechte Bezahlung der Arbeiter zu äußern. Wir sind weit davon entfernt, Mißstände, die etwa in Arbeiter-Konsumvereinen herrschen, beschönigen oder gar verteidigen zu wollen. Wir haben vielmehr oft genug Gelegenheit genommen, auf solche hinzuzuwiesen und deren Beseitigung zu fordern. Aber bei der „Deutschen Tageszeitung“ klingt die Entrüstung doch etwas launisch. Bezahlen doch gerade die agrarischen Freunde dieses Blattes ihre Arbeiter so miserabel, daß diesen die in Konsumvereinen üblichen Löhne als der Gipfel des Wünscharnen erscheinen müssen, und die „Deutsche Tageszeitung“ hat dagegen noch niemals ein Wort des Tadels gesagt; im Gegenteil, sie verteidigt die Ausbeutung der Landarbeiter stets in der ungerüsteten Weise.

Das Blatt schließt seinen Artikel mit folgendem Satz: „Der fromme Wunsch des einen Redners, daß die Konsumvereine zum Tausch gehen möchten, wenn sie so miserabel Löhne zahlen, wird sich freilich nicht erfüllen, denn je miserabler die Löhne sind, desto heftiger sind die Dividenden und die Bezüge der Herren Vorstandsmitglieder, die fast überall den führenden Kreisen der Socialdemokratie angehören.“

Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß die Vorstandsmitglieder, soweit sie ihre Arbeitskraft teilweise oder ganz in den Dienst der Konsumvereine stellen, keineswegs sette Freunden haben, sondern gegenüber den Gehältern in gleichen Stellungen anderer Geschäfte

gleichfalls nur gering bezahlt sind. Sodann sind es in Arbeiter-Konsumvereinen nicht die Vorstandsmitglieder, die die Löhne der übrigen Angestellten feststellen, sondern die Generalversammlung der Mitglieder hat die Verfügung darüber. Schließlich sind es gerade die führenden Persönlichkeiten in der Konsumvereins-Bewegung, unter denen sich gewiß auch bekannte Socialdemokraten befinden, die den Konsumvereinen bei jeder Gelegenheit sagen, sie dürften nicht auf Kosten ihrer Angestellten eine obere Dividendenjägerie treiben. So hat erst vor einigen Wochen das Organ der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, aber in Hamburg erscheinende „Wochenbericht“, einen längeren Artikel über die Frage gebracht und den Konsumvereinen mit warmen Worten gesagt, daß sie ihre Angestellten ausreichend bezahlen und gehörig behandeln müssen und daß die Dividendenjägerie überhaupt nicht als der Zweck der Konsumvereine betrachtet werden dürfe, daß sie vielmehr höhere Aufgaben haben. Eine große Anzahl unserer Parteiblatte hat den Artikel zustimmend abgedruckt. Das Verhalten der Partei und ihrer führenden Personen in dieser Frage hat keine Kritik zu scheuen.

Ein abgefügter Prinz. In der Affaire des Prinzen Alfons v. Bayern wird uns noch aus München geschrieben:

Unter höchst eigenartigen Umständen hat ganz unvermutet Prinz Alfons von Bayern, der Kommandeur der in München garnisonierenden Kavalleriebrigade, den blauen Brief bekommen. Zwar wurde ihm die Pensionierung durch Verleihung eines hohen Ordens und durch die Beförderung zum Generalleutnant zu versetzen gesucht. Aber nichts desto weniger trägt die Pensionierung den Charakter einer Maßregelung. Den eigentlichen Anlaß dazu soll ein Bericht des durch die Affaire Prinz Ruprecht-Oberst v. Walther in weiteren Kreisen bekannt gewordenen Generals v. St. n. i. g. geben haben, die darin gipfelt, daß der Prinz zur Führung einer Division nicht geeignet sei. Der letztere hatte nämlich bei den letzten Manövern zur Schöpfung der Pferde beim Passieren steinigem und bergigen Terrains die Mannschaften absteigen lassen, wofür er eine in der Form unangenehm scharfe Rüge durch Freiherrn v. König erhielt. Dieses ostentative Vorgehen gegen Prinz Alfons muß uns so sehr auffallen, als gerade in Bayern eine ganze Reihe von Prinzen mit keineswegs hervorragenden militärischen Fähigkeiten in der Armee Karriere machen. Der eigentliche Grund dürfte also an ganz anderer Stelle zu suchen sein.

Prinz Alfons war einer der wenigen, die seiner Zeit im Familienratte gegen die Entmündigung Ludwigs II. stimmten. Ergab sich aus dieser Abstimmung schon eine gewisse Spannung zwischen dem Prinzen und den Anhängern des gegenwärtigen Regenten, so wurde dieser Zwischenfall im Hause Wittelsbach noch dadurch vergrößert, daß die Bayern, die nicht besonders viele Ovationen für ihre Dynastie übrig haben, ihre ganze lokale Popularität lediglich über den Prinzen Alfons auszuschütten pflegten. Diese unwillkürliche Popularität des Prinzen scheint die regierende Linie sehr unangenehm zu empfinden und sie dürfte zu der nun erfolgten Kastellation mit beigetragen haben.

Künderem soll an der Verstimmung des Hofes noch eine Liebhaberei des gemährten Prinzen Schuld tragen, und zwar nicht die Liebhaberei für die Pferde.

Der Fall Wiener. Man schreibt uns aus Nürnberg: Die bürgerliche Presse krebt jetzt eifrig mit dem „Fall“ des Genossen Wiemer in Nürnberg, der vor einigen Monaten wegen angeblicher Untreue und Unterschlagung, begangen vom Schauen des Vereins „Frauensinn“, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und trotzdem am Sonntag von den Mitgliedern dieses Vereins mit großer Mehrheit wieder zum Vorstand gewählt wurde. Man läßt diese Angelegenheit als Beweis dafür hinstellen, wie korrupte Verhältnisse in Bezug auf Respekt vor fremdem Gut innerhalb der Socialdemokratie herrschen. Aber zunächst hat der Verein Frauentinn mit der Socialdemokratie nicht das geringste zu thun, er besteht aus Mitgliedern der verschiedensten Parteien, die socialdemokratische Partei in Nürnberg hat für die Wiederwahl Wiemers nicht einen Finger gerührt; und wenn er trotz allem wieder gewählt wurde, so ist dadurch nur bewiesen, daß das Volkempfinden die That Wiemers, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, ganz anders beurteilt, wie es die Richter gethan haben.

Wiemer ist seit 13 Jahren Vorstand des Vereins und unter seiner Verwaltung hat sich das Vereinsvermögen um 184 000 Mark vermehrt, nachdem durch betrügerische Manipulationen seines Vorgängers der Verein an den Rand des Bankrotts gebracht war. Kassierer war ein gewisser Teufel, der mit Wiemer eng befreundet war und von dem sich dieser wiederholt, als ihn Geschäftsfragen drückten, mit Darlehen ausbessern ließ, die nicht aus der Vereinskasse, sondern aus der Privatkasse Teufels stammten. Ebenso ließ sich Wiemer wiederholt von Teufel Gehaltsvorschüsse geben, für die Quittung ausgestellt und die bei der Gehaltszahlung verrechnet wurden. Als Wiemer verlangte, Teufel solle zur Abrechnung mit dem Kassierer jeden Donnerstag aufs Bureau kommen, weil Teufel nicht im stande war, ein Buch richtig zu führen, verwandelte sich dessen frühere Fremdbisshoft in eine bittere Feindschaft. Teufel forderte die Revisoren auf, seine Kasse zu revidieren, und dabei fanden sich die Quittungen Wiemers in der Kasse vor, die Teufel hineingelegt hatte. Der Aufsichtsrat besaßte sich mit der Sache und erklarte die empfangenen Vorschüsse für zu hoch, doch wurde befriedigender Ausschluß gegeben, so daß die Angelegenheit für erledigt erklärt wurde. Das betreffende Protokoll ist von Teufel selbst mit unterschrieben. Als dieser dann bei der nächsten Generalversammlung nicht mehr als Kassierer gewählt wurde, führte er das auf Wiemer zurück und denunzierte ihn wegen Unterschlagung. Das Gericht ergrub Anklage, obwohl der Verein nicht um einen Penny geschädigt wurde und Wiemer ohne das Einverständnis Teufels, der den Antragssteller spielte, kein Geld erhalten konnte. Zwei amtlliche Wucherrevoren bestanden, daß Wiemers Geschäftsführung tadellos gewesen und daß von einer Unterschlagung keine Rede sein könne. In einem anderen Falle hatte Wiemer aus seiner Privatkasse einem Freunde auf wenige Stunden 50 M. geliehen; dieser Gefälligkeitsakt wurde ebenfalls als Unterschlagung betrachtet und es erfolgte Wiemers Verurteilung zu der schweren Strafe. Wie wenig strafwürdig die Mitglieder des Vereins Wiemers Verhalten ansehen, beweist seine Wiederwahl mit 702 gegen 208 Stimmen.

Der „Fall Wiener“ hat einige Ähnlichkeit mit dem des vielgenannten Herrn v. Endell, nur daß dieser die Vorschüsse in der Höhe von 5000 M. selbst nahm, während sie Wiemer ganz ordnungsgemäß vom Kassierer erhielt. Gegen Herrn v. Endell einzuweisen, fand aber der Staatsanwalt keine Veranlassung. Ja selbst der militärische Ehrenrat fand an Herrn v. Endells Handlungsweise kein Fehl!

Gegen den Demniganten Teufel ist übrigens vom Aufsichtsrat des Vereins Anzeige eingereicht, da, wenn Wiemer schuldig sein soll, er unter allen Umständen mitschuldig ist.

Landtags-Ergebnisse. Bei der Landtags-Ergebnisse im Wahlbezirk Magdeburg 4 wurde der National-liberale Juchaczewitz mit 615 abgegebenen Stimmen gewählt. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Im Majestätsbeleidigungs-Prozesse wurden erkannte der U. Strafstatut des Reichsgerichts auf Verurteilung der Revision gegen das auf 6 Monate Festungshaft lautende Urteil des Berliner Landgerichts vom 6. Oktober 1900. —

Ausland. Frankreich.

Paris, 22. Januar. Das gestrige Votum der Kammer, wonach die Rede des Ministerspräsidenten Waldeck-Roussau gedruckt und in ganz Frankreich angeschlagen werden soll, wird allgemein als ein Beweis dafür betrachtet, daß der Gejehentwurf über die Kongregationen in der Kammer zur Annahme gelangen wird.

Portugal.

Englisch-portugiesische Intimitäten. Aus Lissabon wird gemeldet: Die einstimmige Ansicht der politischen Kreise nach der letzten Kammer-Beraterung geht dahin, daß die früheren Bündnis-Verträge zwischen England und Portugal durch irgend einen neuen Artikel gewissermaßen werden verjüngt werden.

Der Boeren-Krieg.

Wo befindet sich De Wet?

Die Nachrichten über den Aufenthalt De Wets widersprechen sich neuerdings wieder. Während aus Kapstadt gemeldet wird, daß bei Ermelo eine Zusammenkunft De Wets mit Botha stattgefunden habe und daß die beiden Borenführer beschlossen hätten, eine gemeinsame Aktion gegen die Engländer zu unternehmen, meldet das Reutersche Bureau aus Johannesburg vom 21. Januar: Der Boerführer De Wet, welcher sich kürzlich in Transvaal mit Botha vereinigte, ist nicht der General De Wet. Man glaubt, daß letzterer sich noch immer im Oranje-Freistaat aufhalte.

Ebenso möglich wäre es auch, daß De Wet sich, wie zuerst gemeldet, in der Kapkolonie befindet. Die Engländer werden wohl nicht eher aus ihren Zweifeln gerissen werden, bis sie die Fäuste des schneidigen Guerillaführers wieder irgendwo energisch zu fühlen bekommen.

Aus Kimberley

wird vom 21. Januar gemeldet: Der Beobachtungsmannschaft eines britischen Konvoi hatte ein Gefecht in der Nähe von Vosshof. Der Feind wurde mit Verlust von 15 Toten und Verwundeten zurückgeschlagen. Die Engländer hatten 8 Leichtverwundete.

Es scheint, als ob die englischen Depeschen wieder Erklärliches zusammenfügen. In der letzten Zeit haben sie wieder überall „gefiegt“. Von den Boeren wäre längst keiner mehr am Leben, wenn die Verlustangaben der englischen Meldungen den Tatsachen entsprochen hätten.

Partei-Nachrichten.

Der zweite Sonntag der Parteigenossen Südbayernd, der am Sonntag in München abgehalten wurde, beschloß die Einleitung einer energischen Agitation in Wort und Schrift gegen die reaktionären Bestrebungen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik. Bei der Frage der Agitation und Organisation wurde betont, daß man sich in Zukunft mehr auf die Kreise konzentrieren müsse, in denen sich die Industrie entwickelt, da hier vor allen Dingen die jenen Vorkämpfer zu finden sind, die uns ihrer sozialen Lage nach am nächsten stehen. Dabei wurde auf die überraschenden Erfolge hingewiesen, die bei den oberbayerischen Bergarbeitern errungen wurden. Für die systematische Gestaltung der Agitation wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Es wurde dann noch der Wunsch ausgesprochen, daß die Wahlkreise bald ihre Reichstagskandidaten aufstellen und dabei Doppellandkandidaturen auf alle Fälle vermeiden möchten.

Parteiorganisation. Die sozialdemokratische Parteiorganisation der Stadt Wandsbeck zählt gegenwärtig 1242 Mitglieder. Da die Stadt nur etwa 22 000 Einwohner zählt, so ist das ein Resultat, das allenthalben zur Nachahmung anzuempfehlen geeignet ist. Der sozialdemokratische Verein für den 2. Wahlkreis der Stadt Hamburg hatte am 31. Dezember 3322 Mitglieder. Seine Jahreseinnahmen, unter denen etwa 3000 M. vom Schriftenvertrieb, betragen 19 584 M. Die Beiträge nebst Marken- und Listenergebnis ergaben die Summe von ca. 11 000 M.

Der sozialdemokratische Verein für den 22. sächsischen Wahlkreis bestimmte in seinem neuen Statut, daß der Verein in Zukunft aus Mitgliedschaften (den Lokalvereinen der einzelnen Orte) und Einzelmitgliedern besteht. Der Monatsbeitrag wurde auf 15 Pf. festgesetzt, wovon ein Drittel den Lokalvereinen verbleibt. Die Einnahmen des Vereins betragen im letzten Jahr 1114 M.

Totenliste der Partei. In Meerane in Sachsen starb nach längerer Leiden einer der ältesten und treuesten Genossen im XVII. sächsischen Wahlkreis, der Kolporteur Eberlein. Der Verstorbene ist aus der demokratischen sächsischen Volkspartei in der letzten Hälfte der letzten Jahre zur Sozialdemokratie übergetreten. Er gehörte bereits 1867 zu dem Wahlkomitee, das August Bebel auf den Schild hob und dessen Wahl auch durchsetzte. Seit jenem Jahre hat Eberlein alle Kämpfe unserer Partei in diesem unterm ältesten Kreise mit in den vordersten Reihen mitgemacht. Jetzt ruht der Wadere von seiner unermüdenlichen Vorreithätigkeit, sein Andenken wird aber in den Reihen unserer sächsischen Genossen in Ehren fortleben.

Auch in Wülshelm a. Rh. starb ein braver Parteigenosse, der Wötcher Max Kreil. Der Verstorbene war längere Zeit Gewerbegerichts-Berichter.

Ein freisinniger Wiederkehr. Wir teilen seiner Zeit mit, daß vom Verlag unsres Strahburger Partei-Organs, der „Freien Presse für Elsäß-Lotaringen“, gegen den Verlag und Eigentümer der dortigen freisinnigen „Bürgerzeitung“, Gertrud Oster Kiedel, eine Schadenersatzklage auf Grund des Urteiles gegen den unlauteren Wettbewerb anhängig gemacht worden war, weil Kiedel an zahlreiche Inserenten der „Freien Presse“ ohne Angabe des Adressates Exemplare dieses Blattes per Post geschickt hatte, auf denen neben den betreffenden Inseraten außerdem erlogene handschriftliche Bemerkungen über den angeblich niedrigen Abonnentenstand, die schlechte finanzielle Lage etc. unsres Partei-Organs enthalten waren. Kiedel ist nunmehr nach längerer Dauer des Prozesses, während dessen er zu allerhand foulsten Ausfällen zu greifen suchte, zu einer Schadenersatzleistung an die „Freie Presse“ von 500 M. und zu den Kosten der Publikation des verurteilenden Erkenntnisses in einer Reihe von Strahburger und Mühlhauser Blättern verurteilt worden.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Bürgermeister-Wahl.** In Leumnitz bei Gera gestattete der Bürgermeister nicht, daß auf die Tagesordnung einer Versammlung der Punkt „Parteiangelegenheiten“ gesetzt werde. Die Begründung dieser Entscheidung ist einfach kassisch. Der Herr Bürgermeister meinte, seit Auflösung des sozialdemokratischen Vereins in Leumnitz gäbe es dort keine sozialdemokratische Partei mehr.

Die aufbesuchte Versammlung, die dann ohne Parteiangelegenheiten“ tagte und schließlich der Auflösung verfiel, weil dem Ueberwachenden der „Ton“ des Referenten nicht behagte, dürfte den Herrn Bürgermeister überzeugt haben, daß noch eine sozialdemokratische Partei in seinem Reich existiert.

— **Der verantwortliche Redacteur der „Braunburger Zeitung“.** Gemalte Ziele, wurde zu 60 M. Geldstrafe verurteilt. Er soll in einer Prekopolitik wegen der Hummerbriebe den Redacteur Johnson vom „Rathenower Kreisblatt“ beleidigt haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Stuccateure! Bei der Firma Hanska sind infolge der Aufforderung, Accord zu arbeiten, Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission.

Verband der Tapezierer, Sektien der Kleber. Am Sonnabend, den 19. Januar, fand bei Simonis, Benthstr. 21, eine Versammlung der in Verband organisierten Kleber statt, in welcher einstimmig beschlossen wurde, eine Sektion der Kleber innerhalb des Verbands zu gründen.

Verantwortl. Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inserenten verantwortlich: H. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max

In die Sektionsleitung wurden als Vorsitzender Hedmann, als Kassierer Halpapp gewählt. Die nächste Versammlung findet am 6. Februar, abends 8 Uhr, in demselben Lokal statt.

Für Lederarbeiter! Der Lederwarenfabrikant Simonson, Michaelstr. 30, welcher schon wiederholt die zwischen ihm und der betreffenden Organisation festgesetzten Arbeitslöhne zu reduzieren suchte, ist jetzt, nachdem er durch eine Gewerbegerichts-Klage (siehe Sociale Rechtspflege, „Vorwärts“ vom 16. Dez. v. J.) wiederum eine Niederlage erlitten, jedenfalls um ähnlichen Fällen fernherin aus dem Weg zu gehen, zu folgendem Tritt gekommen: Neu eingestellte Arbeiter veranlaßt er, durch Hinweisung auf schon vorhandene Unterschriften, sich durch Unterschrift zu verpflichten:

1. daß dieselben mit dem Preis von 9,55 M. pro Grob (der vereinbarte Preis beträgt 10,15 M.) einverstanden sind und niemals in irgend welcher Weise Nachforderungen an ihn stellen werden.
2. Von dieser Vereinbarung in keiner Versammlung und keinem Kollegen gegenüber zu sprechen.

Den Lederarbeitern wird auch dieses Vorkommnis zu denken geben und Veranlassung sein, sich framm zu organisieren, um dergleichen Machinationen die Spitze abzubrechen. **Die Arbeiter der Firma Francös Söhne in Spandau** (Holzgewerk) sind in den Streit eingetreten. Schon im Dezember vorigen Jahres versuchte es die Firma, eine Lohnreduzierung durchzusetzen, nahm aber schließlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung davon Abstand. Jetzt sollen die Löhne um 10 bis 15 Proz. gekürzt werden, was bei den jetzigen Lebensmittelpreisen für die Arbeiter ein großer Ausfall bedeutet. Ein Schreiben, das die Arbeiter, die alle organisiert sind, an die Firma richteten, hat dieselbe undantwortet gelassen; den Delegierten der Arbeiter eröffnete der Inspektor, daß, wer zu den von der Firma aufgestellten Bedingungen nicht arbeiten wolle, gehen könne, eventuell würde die Firma ihren Betrieb schließen. In einer zahlreich besuchten Versammlung haben nun die Arbeiter in geheimer Abstimmung einstimmig den Ausstand beschlossen.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik in Weichau dauert fort. In der am 19. d. M. stattgehaltenen Versammlung wurde die Weiterführung des Ausstands in geheimen Abstimmung mit 209 gegen 9 Stimmen beschlossen. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Ein Streik der Friedhofarbeiter. Einem Thüringer Blatt entnehmen wir folgendes: Vor einigen Tagen sollte das verstorbene Kind des Bauers Föschel auf dem Friedhofe zu Weimar beerdigt werden. Die Beerdigung und der Geistliche waren bereits anwesend, als sich herausstellte, daß die Beerdigung nicht stattfinden konnte, weil kein Grab für die Leiche hergestellt worden war. Die Beerdigung mußte verschoben werden und fand am nächsten Tage statt. Selbstverständlich beschwerte sich der Vater des verstorbenen Kindes. Auf seine Beschwerde wurde ihm von einem städtischen Beamten die Mitteilung, daß die Verzögerung der Bestattung die Folge eines Ausstands der Friedhofarbeiter sei, welche wegen Lohnrechthigung die Arbeit niedergelegt hätten.

Die Stuccateure bei Carl Blud in Gera befinden sich im Ausstand, weil ihnen nicht mehr die vereinbarte Wogenklasse gezahlt wird und die Fahrzeit nach den Arbeitsstellen Leipzig, Erfurt, Jena, Nordha bei Pöhlitz, Jena, Weimar etc. nicht entschädigt wird. Am 1. April des verflossenen Jahres haben die bei Blud beschäftigten Personen mit ihrem Chef einen Tarif auf die Dauer von drei Jahren vereinbart, wonach Fahrzeit und Bezahlung der Fahrzeit geregelt ist. Der Vertrag ist jetzt vom Arbeitgeber gebrochen worden, deshalb sind die Stuccateure entschlossen, ihm neue Geltung zu verschaffen. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Organisation der Stuccateure. Anfragen richtet man an Michaels Lokal in Gera.

Ein Streikprozeß. In Reichenbach i. B. hatten sich auf einem Neubau einige Maurer ganz im allgemeinen über Arbeitswille unterhalten und dabei waren auch Worte wie „Streikbrecher“ etc. gefallen. Einige gleichzeitig auf dem Bau beschäftigte Maurer nahmen sich diese Worte an und erstatteten Anzeige. Es wurde auch wirklich Anklage erhoben und durch zwei Instanzen geschleppt, da der Staatsanwalt gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung einlegte. Die angeklagten Arbeiter wurden auch von der zweiten Instanz freigesprochen. Es wurde festgestellt, daß zu der betreffenden Zeit in Reichenbach und der Umgegend gar kein Streik der Maurer war. Wie, wenn nun ein solcher Streik zufällig stattgefunden hätte? Wären dann die Maurer bestraft worden? Wie war es überhaupt möglich, bei dieser Sachlage Anklage zu erheben?

Ausland.

In Paris haben über Tausend Droßkultische beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Sociales.

Tarif-Verbedgaben. Von der deutschen Kohlenausfuhr des Jahres 1899 wurde fast ein Drittel, nämlich 4 633 871 Tonnen, auf den Eisenbahnen zu Ausnahmetarifen befördert, wodurch es den Kohlenbaronen ermöglicht wurde, ihre Kohlen im Auslande zu billigeren Preisen abzugeben. Der Verlust, der dadurch den deutschen Eisenbahnen an Transportgebühren erwuchs, belief sich im genannten Jahre auf 2 219 641 M. Um so viel konnte die begünstigte Menge an deutschen Kohlen im Auslande billiger abgegeben werden wie an Inlandsplätzen bei gleicher Entfernung vom Erzeugungsorte.

Die Steinkohlenförderung Sachsens stieg im Jahre 1899 um 2,7 Proz. gegen das vorhergegangene Jahr, während ihr Wert um 5,4 Proz. wuchs. Die Löhne der Arbeiter betrugen 1182,55 M. im Durchschnitt, das sind 45,91 M. mehr wie 1898. Der Durchschnitts-Verkaufspreis betrug 10,94 M. pro Tonne. Im Jahre 1894 betrug der Preis 9,15 und ist seitdem gleichmäßig bis zur genannten Höhe gestiegen.

Die Gesamt-Belegschaft betrug durchschnittlich 29 636, darunter 508 weibliche Arbeiter. Tödlliche Berufungslagen kamen 27 vor. Die Ueberschüsse einzelner Werke gingen bis auf über 700 M. von jedem Arbeiter.

Muster-Zunungsbrüder. In Osnabrück besteht eine Fachschule für Maler und Lackierer, die vom Staate, der Stadt und der dortigen Zunung errichtet wurde. Die Zunung hatte sich zu einer Jahres-subvention von 250 M. verpflichtet. Obwohl der Unterricht überhaupt nur in den 6 Wintermonaten erteilt wurde, waren die Zunungsmeister bald ungehalten über die Schule und setzten eine Beschränkung des Unterrichts auf 4 Monate durch. Vor kurzem haben sie nun gar beschlossen, die Unterrichtszeit an die Schule nicht mehr weiter zu zahlen und begründen das wie folgt: „Die Fachschule schädigt den Meister, weil er während der vier Wintermonate seinen Lehrling für einige Stunden wöchentlich entbehren müßte. Die Lehrlinge hätten nur noch Interesse an der Schule und nicht mehr an der praktischen Arbeit.“

Natürlich schwärmen diese Herren auch für den Beschäftigungsnachweis.

Aus der Frauenbewegung.

„**Not lehrt beten.**“ Sie lehrt aber auch noch manches andre, selbst den Leuten, welche die Frömmigkeit auf ihrer Parteifahne prangen lassen. Wird die Not groß, dann wird die Hilfe auf Erden gesucht. So nahmen die Christlichsocialen in Wien im Kampf um ihre Mandate die Mitwirkung der Frauen in einer bis dahin noch

unerhörten Weise in Anspruch. In zahlreichen Frauenversammlungen legte Keueger seinen Anhängerinnen auseinander, warum er sich lieber an sie wende, als an die Männer; bei der Besprechung der Wahl selbst rief er: „Am Wahltag, da giebt es überhaupt kein Kochen; da gehört die Frau nicht ins Haus; da gehört sie einzig und allein in die Agitation.“

Was sagen die Gesinnungsgenossen des Wiener Bürgermeisters in Deutschland zu diesem Ruf? Werden sie ihn auch ertönen lassen? Bei den Wienerinnen ist er nicht ungehört verhallt; sie haben mit Fanatismus gefolgt — Geld und Wähler — so daß die Bezirke, welche die Partei besaß, ihr, wenn auch mit kleinen Majoritäten, doch erhalten blieben. Aber auch die Frauen der andren Parteien waren auf dem Plan; auch sie haben Erfolge zu verzeichnen. Offen ist es in Oestreich ausgesprochen worden, daß die Mitwirkung der Frau bei der Agitation nicht entbehrt werden kann. Alle Parteien nehmen ihre Arbeit in Anspruch, aber nur die socialdemokratische, in deren Programm das Wahlrecht der Frau steht, sieht in der belästigten Frau die gleichberechtigte Gefährtin. Die bürgerlichen Parteien, trotz aller schönen Phrasen und Schmeichelfortworten, rufen doch nur die treue Magd, die sich nach gethener Arbeit mit dem freudigen Bewußtsein gemühen läßt, daß sie des Herrn Zufriedenheit erworben hat. Aber wie lange noch?

In Deutschland liegen die Dinge nicht wesentlich anders. Auch hier nehmen alle Parteien die Hilfe der Frauen an — wenn auch nicht in der drastischen Weise des Führers der Wiener Antifemiten. Aber auch hier muß es zum Austrag kommen. So lange die Parole gilt: „Die Frau gehört ins Haus“ und „Politik ist nichts für Damen“, so lange konnten sich die Damen in dem Glauben sonnen, sie thronten über dem politischen Leben. Seit ihre Wiltarbeit anerkannt ist, können sie sich der Einsicht nicht verschließen, daß sie nicht nur Arbeit zu leisten, sondern auch Rechte einzufordern haben.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Niddorf hielt eine Versammlung ab, in der Herr Dr. Wolkheim über die Chemie in der Ernährung sprach. Der Kassenbericht für das 3. Quartal wies eine Gesamteinnahme von 187,88 M. und eine Ausgabe von 27,80 M. auf. Außerdem wurde die Abrechnung von dem November-Bergewinn mitgeteilt, das einen Ueberschuß von 41,05 M. ergab. Nach Richtigsprechung der Rechnung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Adresse der Assistentin der Gewerbe-Inspektion, des Fräulein Reichert, ist Georgenkirchplatz 21. Dies diene zur Richtigsstellung der irrigen Angaben in Nr. 9 des „Vorwärts“.

China.

Eine neue Protokolle Amerikas.

Aus New York wird dem „Globe“ unter dem 18. Januar gemeldet:

Bei der heutigen Kabinetts-Sitzung, die in den Privaträumen des Präsidenten abgehalten werden wird, wird eine neue Note des Sekretärs Hay an die Mächte in Beratung gezogen werden. Der Inhalt der Note war in der Kabinetts-Sitzung vom Mittwoch bereits bestimmt und Hr. Hay bevollmächtigt worden, sie auszusprechen. Sekretär Hay wird den Mächten die Zurückziehung der fremden Truppen von Peking nach Peking und die Zurücklassung einer genügenden Besatzungswache empfehlen; ferner wird er beantragen, daß laiserlich chinesische Behörden Garantie erhalten, daß das chinesische Territorium, einschließlich der Mandchurie, von den fremden Truppen geräumt werden wird, so bald der internationale Friedensvertrag gezeichnet sein wird. Ob die andren Mächte mit diesen Vorschlägen einverstanden sind oder nicht, die jetzt in Peking befindlichen amerikanischen Truppen werden jedenfalls im Frühling, sobald das Wetter es gestattet, zurückgezogen werden.

Man sieht wiederum: „Die Einigkeit der Mächte“ läßt nichts zu wünschen übrig; Rußland, Japan, Frankreich und Amerika sind gegen das rigorose Vorgehen der beiden Haupt-Mächte England und Deutschland; England, Japan und Amerika sind empört über Rußlands Annexion der Mandchurie! Es giebt also in der chinesischen Frage nur soviel gegenseitliche Meinungen als beteiligte Mächte vorhanden sind. Die Aussichten auf einen allseitig befriedigenden Friedensschluß sind also wahrhaft glänzende!

Für wie nahe bevorstehend man auch in England den Friedensschluß hält, geht auch daraus hervor, daß

englische Flottenverstärkungen

nach China abgehen. Die Londoner Blätter veröffentlichen nämlich ein Telegramm aus Malta, nach welchem die britischen Kriegsschiffe „Canopus“ und „Ocean“ den Befehl erhalten haben, nach China abzugehen.

Ein kaiserliches Dekret

ernannt den Telegraphen-Direktor Scheng zum assistierenden Minister für Handel.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ein geheimnißvoller Mord.

Gumbinnen, 22. Januar. (W. L. W.) **Rittmeister v. Krosigk** vom Dragonerregiment v. Bedel (Kommerches Nr. 11) wurde, der „Preussisch-Litauischen Zeitung“ zufolge, gestern nachmittags in der Umklekabine des Kasernenmuseums belegen Reitbahn von unbekannter Hand durch das Fenster erschossen und vor sofort tot. Durch die eingeleitete Untersuchung ist bisher nichts über den Thäter ermittelt.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 22. Januar. (W. L. W.) Die Beratung des Vereinsgesetz-Entwurfs wird wieder aufgenommen. Ribot erklärt, er wolle ebenfalls das Uebergewicht der Civilgewalt, aber er lehne es ab, der Regierung in ihrem Feldzuge gegen die Katholiken zu folgen; er wünsche Freiheit für alle. Der Redner verteidigte das Roulordat, welches eine Garantie für den religiösen Frieden sei, beschränkte die Unterrichts-Freiheit und wirt schließlich der Regierung vor, daß sie die Verhinderung der Geister hindere. (Beifall im Centrum.)

Griffon beschuldigt die Kongregationen der offenen Empörung gegen die Gesetze. Redner unterzieht die Art und Weise, wie die Kongregationen ihre Besitztümer erworben haben, einer kritischen Betrachtung, schätzt ihr unbewegliches Vermögen auf eine Milliarde, ihr bewegliches Vermögen auf zehn Milliarden und verlangt schließlich, daß der Besitz der nicht genehmigten Kongregationen für die Schaffung von Arbeiter-Pensionskassen verwendet werde. (Beifall links.) Verolle von der Rechten und Puch von der Linken sprechen sich gegen die Vorlage aus. Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Danzig, 22. Januar. (W. L. W.) Heute abend 8 Uhr entstand im hiesigen Eisenbahnstations-Gebäude ein Brand, der erst bewältigt werden konnte, nachdem die Dampfsprizen und zahlreiche andre Löschapparate in Thätigkeit getreten waren; das Dachgeschoh vollständig ausgebrannt.

Triffl, 22. Januar. (W. L. W.) Unbekannte Individuen versuchten in der letzten Nacht den in unmittelbarer Nähe der Stadt gelegenen Pulverturm St. Pataleone in Brand zu setzen, wurden aber von den Wachposten noch rechtzeitig vertrieben.

Waltau, 22. Januar. (W. L. W.) Der Komponist Verdi ist schwer erkrankt. Er hat die Sprache vollständig verloren, sein Zustand verfallinmirt sich von Stunde zu Stunde.

Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

30. Sitzung vom Dienstag, den 22. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Koszowski. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Preussischer Bergrat Meißner

tritt der Behauptung des Abg. Sachse entgegen, daß die Zahl der Unfälle im preussischen Bergbau gestiegen sei. Im Gegenteil sei die Unfallziffer gefallen. Wenn der Abg. Sachse die Schutzvorrichtungen empfehle, die in den Bergwerken von Wales gebräuchlich seien, so sei zu beachten, daß die Zahl der Unfälle in Wales genau so groß sei wie im preussischen Bergbau und 2,77 Proz. betrage.

Abg. Horn-Sachsen (SoC.)

hält dem Grafen Koszowski gegenüber seine Behauptungen über die Mißstände in der Glasfabrikation aufrecht. Der Herr Staatssekretär sagt, es seien bereits Erwägungen angestellt darüber, ob die Beschäftigung von Kindern in den Schleifereien mit Motorbetrieb gestattet werden könnte oder nicht. Reines Frachten sind solche Erwägungen vollständig überflüssig. Die Gründe gelten noch heute, die bereits 1885 in einer Bundesratsverordnung, die bis 1892 galt, niedergelegt worden und die damals maßgebend waren für ein Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in Schleifereien. Für Motorenbetrieb ist keine Ausnahme zulässig. In den Motorenbetrieben werden vorzugsweise die sogenannten Sandstrahlmaschinen, Sandstrahlglühbläser angewandt. Durch diese Maschinen, die an und für sich schon einen bedeutenden Lärm verursachen, also auch für das Gehör der Arbeiter sehr nachteilig wirken, wird besonders viel Staub entwickelt und zwar nicht allein durch den Sand, der zur Mattierung des Glases dient, sondern auch durch die feinen Glasparkeltelchen, die durch diese Sandstrahlströmung losgerissen werden und sich durch den ganzen Arbeitsraum verteilen. Ergaustoren könnten den Uebelstand mildern, aber in den zehn Glasbleisereien, in welchen diese Sandstrahlglühbläser eingeführt sind, ist auch nicht ein einziger Ergaustor vorhanden. Kinderleben sind eben in den Augen der Fabrikanten nicht so teuer wie ein Ergaustor. Gleich schädliche Wirkungen auf die Gesundheit der jugendlichen Arbeiter bestehen auch in den Steinschleifereien, wo Granit, Marmor, Sandstein gesägt, geschliffen und poliert werden. Sie finden sich auch in den Anstalten für Metallverarbeitung. In all diesen Anstalten muß die Arbeit der Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahre verboten werden. Bei diesem Verbot, das in der Bundesrats-Verordnung vom 11. März 1892 ausgesprochen ist, sollte man es bewenden lassen. Gerade in der Glasindustrie ist große Arbeitslosigkeit vorhanden und da will man noch die Kinderarbeit zulassen? Das wäre eine Socialpolitik nach rückwärts!

Es ist nicht richtig, daß wir, wie Herr Hige meint, die christlichen Gewerkschaften bekämpfen. Wir bedauern sie nur (Unruhe im Centrum), weil sie sich von einer Politik ihrer Gründer, das sind die Geistlichen, leiten lassen, von der sie niemals Vorteil haben. (Widerspruch im Centrum.) Wenn Herr Hige behauptet, die socialdemokratischen Gewerkschaften wollten nicht mit den Fabrikanten verhandeln, so ist das auch ein Irrtum. In Verhandlungen sind die Arbeiter immer bereit. Die Fabrikanten aber weisen sie vielfach schände zurück mit der Behauptung, mit sogenannten Ausschüssen und sonstigen Vertretern der Arbeiter verhandeln wir nicht. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer, sobald die Arbeiter sich bereit erklären, von ihren Forderungen etwas abzulassen, darin ein Zeichen der Schwäche sehen und gar nichts bewilligen. Würden die Arbeiter fortwährend nachgeben, dann würden sie bald in völlige wirtschaftliche Ohnmacht geraten und nur Stills sein. Die Politik des Centrums in den katholischen Arbeitervereinen kann nicht von langer Dauer sein, sie kann die Arbeiter nicht befriedigen, denn sie ist gleichbedeutend mit der sogenannten Wasserhuppen- und Annoncenpolitik des Herrn Hige, wie er sie in seinen Kochrezepten zum Ausdruck gebracht hat. Und dazu kommt noch, daß das Centrum die Sozialpolitik zur Vertreibung des Heilsches und des Brots unterstellt. Da werden auch die katholischen Arbeiter schließlich zur Einsicht kommen. Schon heute machen christliche Arbeitervereine mit sogenannten socialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsame Sache. Ein katholischer Arbeiterverein in Stolberg im Rheinland hat sich der Petition der Glasarbeiter in Deutschland angeschlossen, einer Petition, die ein Verbot der Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahre und der Sonntagsarbeit verlangt. Hoffentlich wird er dafür nicht gerächt. (Heiterkeit und Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Pauli-Potsdam (Wildkorn):

Durch die Ablehnung der Resolution Fischer können wir dem Herrn Staatssekretär unser Vertrauen ausdrücken. Die Kritik, die Herr Peus an den Piegelbleisern übte, gewann dadurch einen bezeichnenden Zug, daß er diese Piegelbleiser konfessionell nannte. Die Piegelbleiser sind aber doch vielfach in nicht-confessionellen Händen, und diese Herren gehören zur Linken. Mißstände sind im Piegelbleisetrieb vorhanden, aber wenn sie vorhanden sind, dann ist jüdische Profitgier schuld daran. Die Väterverordnung läßt sich gar nicht durchführen. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe werden durch sie am meisten gefährdet. In diesen Betrieben arbeiten die Meister selbst die ganze Nacht durch mit, da müßte man zum mindesten diesen Meistern dieselbe Ruhezeit gewähren wie den Gehilfen. — Die Maximal-Arbeitswoche würde die Schwierigkeiten der Kontrolle noch vermehren, am sympathischsten ist mir der Vorschlag einer Minimaxwoche, den Herr Dr. Ortzel gemacht hat.

Herr Hoch hat von der nicht genügenden Kontrolle bei den Bedienten gesprochen. Ich will Ihnen einen Fall von der Kontrolle seitens der socialdemokratischen Gewerkschaften anführen. Auf einem Bau bei Neu-Vohlsdorf im vorigen Jahre hatte der Polier an der Arbeit eines Mannes etwas zu tadeln und forderte ihn auf die Arbeit abzugeben. Bald darauf trat ein anderer Arbeiter an den Polier heran und sagte ihm: „Ich bin der Vertrauensmann der Gewerkschaft, wenn Sie etwas mit dem Manne haben, wenden Sie sich bitte an mich, ich werde das begutachten.“ Wohin sollte ein solches Vorgehen wohl führen, und vor allem, wer garantiert dem Polier dafür, daß der Vertrauensmann wirklich fähig ist zu entscheiden, ob eine Arbeit brauchbar ist oder nicht. — Wenn die Unfallverhütungs-Vorschriften nicht beachtet werden, so ist das zum großen Teil Schuld der Arbeiter selbst. Wie diese zum Teil über die Unfallverhütungs-Vorschriften denken, dafür kann ich Ihnen ein Beispiel anführen. Bei einer Solbleisbearbeitungs-Maschine war eine Verklebung angebracht worden. Als der Arbeiter an der Maschine vorbeikommt, sah er, daß die Verklebung fehlte. Er sprach dem Arbeiter seine Verwunderung darüber aus. Dieser antwortete ihm darauf: „Ach, die steht hier nebenbei; wenn ein Aufsichtsbewachter kommt, mache ich sie hin an.“ (Hört! hört! rechts.)

Herr Bebel meinte, die Löhne in den Staatsbetrieben seien zu gering. Ich gebe nun zu, daß von Löhnen von 2,80 M. und 2,50 M. pro Tag eine Arbeiterfamilie nicht leben kann. Aber Herr Bebel verlangte für diese Arbeiter das Koalitionsrecht. Sie sind aber bereits organisiert in evangelischen und katholischen Arbeitervereinen und in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Herr Bebel wird natürlich meinen, daß sie socialdemokratischen Gewerkschaften angehören. Das darf aber der Staat unmöglich dulden. Dann könnte es ja dahin kommen, daß schließlich ein ganzer Eisenbahn-Direktionsbezirk in die Hände der Socialdemokraten kommt und das bekannte Wort wahr wird: Alle Räder stehen still, wenn dem starren Arm es will. Ich hoffe, daß die Regierung stets

klar und deutlich den Standpunkt zum Ausdruck bringen wird, daß staatliche Arbeiter niemals socialdemokratischen Vereinen angehören dürfen.

Abg. Münch-Ferber (nall.)

verteidigt folgende Resolution: Die Regierung soll ersucht werden, die Subventionierung einer Central-Ankaufsstelle für Fragen der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und des Gewerbes in Erwägung zu ziehen und die erforderlichen Mittel durch den Reichshaushalts-Etat resp. durch einen Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1901 von dem Reichstage zu erfordern.

Staatssekretär Graf Koszowski:

Ich muß auf einige Punkte in den Debatten der letzten Tage zurückkommen. Besonders empfindlich hat mich ein Vorwurf des Abg. Hoch getroffen, der auf Grund einer Broschüre des früheren Abg. Legien behauptete, daß in der Pariser Weltausstellung auf den ausgestellten Tafeln sich Angaben befänden, die thätiglich unwichtig wären und geeignet wären, ein falsches Bild von der Grundlage und der Wirkung der deutschen socialen Gesetzgebung zu geben. Dieser Vorwurf hat mich aus folgendem Grunde peinlich berührt. Wir haben in Deutschland das allergrößte Interesse daran, daß die Staaten, mit denen wir im wirtschaftlichen Weltkampfe liegen, dieselben Aufwendungen für socialpolitische Zwecke machen, wie wir. Denn davon hängt es ab, ob unsre Socialpolitik Fortschritte zum Besten der Arbeiter erzielen kann oder nicht. (Sehr richtig! rechts. Oho! links.) Bleiben andre Staaten im Zustand des Stillstands oder machen sie Gesetze, die vielleicht nach einem Fortschritt aussehen, vor einer scharfen, sachverständigen Kritik aber keinen Vergleich anhalten mit der deutschen socialen Gesetzgebung, dann ist schließlich der Erfolg der, daß auch in Deutschland die socialpolitische Gesetzgebung zu einem gewissen Stillstand verurteilt wird, weil dann die deutsche Industrie durch die allzu großen Kosten, die ihr die socialen Gesetzgebung auferlegt, den andern Staaten gegenüber konkurrenzunfähig würde. (Sehr richtig! rechts.) Und wir dürfen nicht vergessen, daß es bereits Staaten giebt, deren Konkurrenz mit starker Faust an die Thore Deutschlands klopf und Einlaß begehrt. Was nun die thätiglichen Unrichtigkeiten anlangt, die Herr Legien behauptet, so sind solche nach meinen Erkundigungen nicht vorgekommen. Zum Teil liegt eine Verwechslung des Begriffs „Beispiel“ und des Begriffs „Durchschnitt“ bei Herrn Legien vor. Und wenn er weiter behauptet, daß dort angegeben sei, das Krankenlohn werde nach der Höhe des halben Tagelohns berechnet, während es thätiglich nach der Höhe des ortsüblichen Tagelohns berechnet wird, so weiß Herr Legien eben so wenig, daß in einzelnen Fällen das Krankenlohn auch nach dem Individuallohn berechnet wird. Es sollen eben auch hier nur gewisse springende Punkte hervorgehoben werden. Im übrigen lagen auf der Weltausstellung Broschüren über die gesetzliche Lage und die Lohnverhältnisse aus, die genügend orientierend waren.

Dem Abgeordneten Horn muß ich erwidern, daß die Motorverordnung nur auf die Betriebe Anwendung findet, auf die sich die Verordnung vom 11. März 1892 nicht bezieht. Ein Rückschritt kann also in dieser Motorverordnung nicht liegen. Kinder können auch nur soweit in den Glasfabriken beschäftigt werden, als sie nicht mehr schulpflichtig sind, das bedeutet für den größten Teil des Deutschen Reichs und speciell auch für Sachsen: erst nach dem 14. Lebensjahre. Was die Anregung des Herrn Münch-Ferber anlangt, so werden die verbündeten Regierungen gern in eine Prüfung der Frage eintreten, was das Reich zur Förderung des von ihm gewünschten Unternehmens thun kann, unter der Voraussetzung, daß ein klares Programm, eine klare Uebersicht über die Kosten vorgelegt werde, und die Beteiligten des Handels und der Industrie ihre Bereitwilligkeit, den größeren Teil der Kosten zu decken, erklären.

Abg. Albrecht (SoC.):

Der Herr Abg. Pauli behauptete, mein Parteigenosse Bebel habe verlangt, daß die Arbeiter in Staatsbetrieben sich in socialdemokratischen Gewerkschaften organisieren. Es ist und natürlich niemals eingetreten, eine solche Forderung anzustellen, wie verlangen wir das gleiche Recht der Organisation für alle Arbeiter, mögen sie Privat- oder Staatsbetriebe angehören. In England, Amerika, der Schweiz haben auch die Arbeiter in Staatsbetrieben dies Recht und deshalb stehen dort noch lange nicht alle Räder still. Die uns aber werden solche Arbeiter bereits gemahregelt, wenn sie eine Petition an die Regierung richten. Herr Ortzel hat dann wieder von socialdemokratischen Konsumvereinen gesprochen. Wir haben oft genug betont, daß die Konsumvereine keine Gründungen der socialdemokratischen Partei sind, wenn ihnen auch in letzter Zeit viele socialdemokratische Arbeiter beigetreten sind. In Halle a. S. giebt es neben sogenannten socialdemokratischen auch einige agrarische Konsumvereine, so z. B. die Central-Ankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Da ist es sehr interessant, die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Konsumvereinen zu vergleichen. In dem Arbeiter-Konsumverein werden Wochenlöhne von 21 bis 24 M. für die Arbeiter und für die Verwalterinnen ein Monatsgehalt von 60 M. gezahlt, in der Central-Ankaufsstelle betragen die Wochenlöhne der Arbeiter dagegen nur 16 M. (Hört! hört! b. d. SoC.) und nicht einmal die gesetzlichen Feiertage werden diesen Arbeitern bezahlt, während in dem Arbeiter-Konsumverein auch der 1. Mai bezahlt wird. Daß die Central-Ankaufsstelle nicht etwa aus Not derart niedrige Löhne zahlt, geht daraus hervor, daß sie in den zehn Jahren ihres Bestehens einen Ueberschuß von ca. 6 Millionen Mark gemacht hat und den Mitgliedern einen Reingewinn von 68 400 M. zahlen konnte. Vielleicht wendet sich Herr Dr. Ortzel an seinen Freund im Abgeordnetenhaus, Herrn von Mendel-Steinfeld, der Aufsichtsratsmitglied dieser Central-Ankaufsstelle ist und veranlaßt ihn, daß dort dieselben Löhne gezahlt werden, wie in den socialdemokratischen Konsumvereinen. Uebrigens verkauft diese Centrale nicht nur landwirtschaftliche Maschinen, sondern alles Mögliche und Unmögliche, so auch Fahrräder, Nähmaschinen, Regulatoren und dergleichen. Auch Klöppelarten werden dort wohl zu haben sein. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Vom Standpunkt der Mittelpolitik wird Herr Dr. Ortzel diesen Verein also wohl kaum verteidigen können.

Nach einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Hige. Dieser meinte: wir Socialdemokraten hätten ein Interesse daran, daß Streiks verloren gingen, weil bei uns vor allen Dingen das Endziel in den Vordergrund gestellt würde. (Widerspruch des Abg. Hige.) Thatsache ist, daß wir uns stets alle Mühe gegeben haben, Streiks zum friedlichen Ende zu führen. Freilich haben wir auch den Vorteil davon, wenn Streiks verloren gehen, denn dann sehen die Arbeiter ein, daß sie sich einer Macht gegenüber befinden, gegen die sie sich organisieren müssen. — Wenn Herr Hige meint, wir möchten doch auch ein einmal 1000 Mark für die katholischen Gewerkschaften geben, die könnten es brauchen, so verweise ich sie an die katholische Kirche. Die hat bekanntlich einen guten Magen und also Geld genug, um Ihnen zu helfen. (Unruhe im Centrum.) Herr Hige meinte, die siebenjährige Debatte habe bewiesen, daß die Socialreform Fortschritte mache. Wir meinen aber, auf die schönen Reden, die hier gehalten sind, ist wenig zu geben, wenn Gesetze gemacht werden sollen, dann sind die Herren meist nicht zu haben. Ich erinnere mir an das Gend in der Konfektionsindustrie, das seiner Zeit auch von bürgerlicher Seite zu gegeben wurde. Die Verordnung vom 31. Mai 1897 war aber nicht dazu angethan, etwas Wesentliches für die Konfektionsarbeiter zu thun. Der Gewerbeinspektor von Breslau hat zwei große Wasserkonfektionäre wegen beständiger Uebertretung der Gewerbe-Ordnung angezeigt. Die beiden Firmen wurden zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) und zwar sagte das Gericht, es sei auf eine so hohe Geldstrafe erkannt worden (Hört! hört! bei d. SoC.), weil die beiden Firmen sich in günstigen Verhältnissen befänden. An sich sei es zweifelhaft, ob die Arbeiterinnen der beiden Firmen überhaupt unter

die Konfektionsordnung fielen. So ist es immer: entweder wird auf ganz geringe Geldstrafen erkannt, oder den Angeklagten wird überhaupt keine Folge gegeben, weil die Arbeiterinnen der Großkonfektion nicht unter die Gewerbe-Ordnung fallen. Die Konfektionsordnung ist von den Unternehmern noch niemals angegriffen worden, weil sie für sie ganz belanglos ist. Die Väterverordnung ist dagegen von Anfang an bespottet worden, weil sie socialpolitisch fortschrittlich ist. Wenn der Herr Staatssekretär entschlossen ist, die Väterverordnung nach rückwärts zu revidieren, so möge er wenigstens die Konfektionsverordnung des Bundesrats vom 31. Mai 1897 verschärfen. (Wahr! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Biele (fr. Sp.)

ist mit der Schaffung einer Central-Ankaufsstelle einverstanden, tritt aber den Bemängelungen der Handelskammerberichte durch den Abg. Münch-Ferber entgegen.

Abg. v. Vofmar (SoC.):

Es ist sonst nicht meine Art, am Schluß einer lang ausgeprochenen Verhandlung das Wort zu ergreifen; aber die geistige Rede des Dr. Fischer, der mich mit Namen nannte, nötigt mich dazu. Herr Kollege Fischer war so liebenswürdig, von einem königlich bayerischen Socialdemokraten zu sprechen, den man mit andern Maße messen müsse; es war die Wiederholung einer Nebenart eines seiner bayerischen Landesleute, der sich einmal über das Verhältnis der blauweißen bayerischen Landesfarben zu der Socialdemokratie in längeren Ausführungen erging. Nicht leicht man durch derartige Nebenwendungen nicht im geringsten; ich habe nie ein Wohl daraus gemacht, daß ich ein guter Deutscher und ein ebenso guter Bayer bin, was mich aber nicht im geringsten hindert, auch an andre Völker zu denken; und was die blau-weißen Farben betrifft, so habe ich sie immer für recht schön gehalten, aber auch gefunden, daß eine gewisse Dosis Rot sehr gut dazu paßt. (Große Heiterkeit.) Herr Fischer sprach ferner von politischen, socialen und wirtschaftlichen Differenzen zwischen der socialdemokratischen Gesamtpartei auf der einen und mir und meinen bayerischen Freunden auf der andern Seite. Darüber würde sich reden lassen; denn da ja Herr Fischer seinen Fall einer solchen Meinungsverschiedenheit in wichtigen Dingen angeführt hat, so ist es zwecklos, hier eine Debatte daran zu knüpfen.

Der Hauptgrund, weshalb ich hier das Wort ergreife, ist die gestrige Rede des Herrn Dr. Hige. Selten ist mir eine Rede begegnet, die von Anfang bis zu Ende so ansehbar war: Herr Hige besitzt die Verantwortung seiner Partei für die jetzige Art der Socialpolitik, leugnete die ausschlaggebende Stellung des Centrums, ja, stellte den konfessionellen Charakter seiner Partei in Abrede. Kollege Hige scheint ein schwaches Gedächtnis zu haben. Er hat, scheint es, bereits das Wort vergessen, das vor einigen Jahren, wenn auch nicht in diesem Hause, bei: „Centrum ist Trumpf.“ Wohl pflegt man den unvorsichtigen Redner zurück; aber bald fiel ein andres Wort, das von der regierenden Partei; ja in Bayern, wo man gern offen spricht, bezeichnet man das Centrum als das irdische Werkzeug Gottes. (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, wozu Rückblicke werfen? Wir können uns ja mit einer Sache beschäftigen, die noch gar nicht weit zurückliegt. Der hauptsächlichste Führer des Centrums in diesem Hause hat auf dem letzten Katholikentage in Bonn das Wort gesprochen, daß die Centrumpartei eine ausschlaggebende Partei sei. Er hat daraus die Notwendigkeit bzw. die Verpflichtung hergeleitet, in scheinbar gleichgültigen Dingen auf den Augen einer eignen politischen Ueberzeugung zu verzichten, um in religiösen Dingen um so mehr Macht ausüben zu können. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn das Centrum von religiösen Dingen spricht, so ist das immer synonym mit konfessionellen Dingen, denn das Centrum für die Rechte der Juden kämpft, werden Sie wohl selbst nicht behaupten. (Heiterkeit rechts.) Und was das Christentum betrifft, so erinnere ich mich eines Wortes der „Germania“, die kürzlich gesagt hat, daß ein interkonfessionelles Christentum ein offener Widerspruch in sich selbst sei. Wenn die Herren also Religion sagen, so meinen sie Christentum und wenn sie Christentum sagen, so meinen sie die katholische Kirche. Im übrigen, wenn Sie eine Sache, die in der ganzen Welt belangvoll ist, noch bestreiten wollen, dann läge es ja sehr nahe, an das Jahr 1897 zu erinnern und an Ihre Abstimmung zum Septennat, die Sie ausdrücklich damit begründet haben, daß Sie Rücksicht auf Rom damit zu nehmen hätten. Im übrigen hat der Herr Kollege Dr. Hige sich insbesondere an die Redellen des letzten Jahres zu den Arbeiterversicherungs-Gesetzen gehalten und hat gemeint, man solle ihm doch einmal nachweisen, wo sie hier ihrer Pflicht nicht genügt hätten. (Zuruf aus der Mitte.) Bitte, so hat die Anklage, die wir erhoben haben, nicht gelautet, sondern ganz allgemein, sogar über die Versicherungs-Gesetze hinaus (Sehr richtig! bei den SoC.), daß Sie Ihrer Pflicht in socialpolitischen Dingen nicht nachgekommen sind. Ich werde also so frei sein, mir den von uns abgesteckten Kampfboden zu nehmen und nicht den, der Ihnen gerade paßt. Als die Arbeiterunfallversicherung zuerst im Jahre 1887 auftrat, ist das Centrum in ganz unerwarteter Weise vorgegangen, und gerade Herr Dr. Hige hat im besondern nach dieser Richtung gewirkt. Er ist damals eingetreten für Abstützung der Karenzzeit von 18 auf 4 Wochen, für Ausdehnung der Versicherung auf Betriebe mit 6 Arbeitern, für Erhöhung der Pensionen von 60% auf 75 Proz., für Erhöhung der Pensionen für Witwen auf 30, für Doppelwitwen auf 25 Proz. und er ist schließlich für die Einsetzung von Renteneinschätzungs-Kommissionen, welche aus Arbeitern und Unternehmern gebildet werden sollten, eingetreten. Bekanntlich hat damals unsere sehr verehrliche Nebenregierung, nämlich der Centralverband deutscher Industrieller diese Beschlüsse für vollkommen unannehmbar erklärt. Die Regierung hat sich bald einschüchtern lassen; beim Centrum hat die Einschüchterung nur wenig länger gedauert. Aber nach drei Jahren, als voriges Jahr die Sache wiederkam, ist das Centrum auch hinreichend eingeschüchtert gewesen, um, als die Socialdemokraten seinerseits die Anträge des Centrums vom Jahre 1897 wiederholten, seinerseits zu helfen, diese Anträge niederzustimmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Von der Invaliditätsversicherung will ich nur ein anführen. Gerade die christlichen Bergarbeiter haben damals unter andern die Forderung erhoben, daß den Bergarbeitern unter allen Umständen der Arbeitslohn ausbezahlt werden muß. Das Centrum hatte in zweiter Lesung auch für diese Forderungen gestimmt. In dritter Lesung haben dann dieselben Herren gegen den Antrag gestimmt (Sehr richtig! b. d. SoC.), gegen ihren eignen Antrag. (Unruhe im Centrum.) Sie haben das so oft gemacht, daß Ihnen, scheint es, die Einzelheiten gar nicht mehr gegenwärtig sind. (Heiterkeit.) So hat das Centrum, wie früher schon bei den Arbeiterunfall-Gesetzen, eine Reihe von Anträgen mit ablehnen lassen, die durchführbare Verbesserungen für die Arbeiter bedeuteten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bei der Zustimmung mancher Genossen von uns zu der Invaliditätsversicherung und ähnlichen Gesetzen hat der Gedanke ihre sonst großen Bedenken überwunden, daß das Centrum am Ende, wenn man das Gesetz nicht schleunigst in die Scheuer bringt, es in den nächsten drei Jahren noch mehr verschlechtern würde. (Sehr richtig! bei den SoC.) Der Herr ist ganz unüberleglich, daß mit dem Reichstag, d. h. seiner Mehrheit, auch das Centrum die Mitschuld an den ungenügenden Ergebnissen unsrer Socialpolitik trifft, weil, wenn das Centrum auch nur einen Teil des Nachdrucks und der Energie, den es gegenwärtig auf Vertreibung der Lebensmittel legt, damals aufgewandt hätte, dann zweifellos die Regierung zu Verbesserungen hätte gezwungen werden können. Ueber diesen Eckstein wird Ihnen vor dem Volk keine rhetorische Kunst hinweghelfen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Table with weather forecasts for various stations including Eintracht, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Garmisch, Petersberg, Gort, and Paris.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 23. Januar 1901. Ziemlich warm, zeitweise auffarend, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Montag früh verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater, der Gastwirt 1056

Carl Schonheim. Im 59. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Friedhof der Freiheitlichen Gemeinde, Pappelallee, statt.

II. Wahlkreis. Am 21. d. M., morgens 1/2 9 Uhr, verstarb nach kurzem Krankenlager unser alter treuer Parteigenosse

Carl Schonheim. Ehr seinem Andenken! Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Krankenhaus am Urban nach dem Friedhof der Freiheitlichen Gemeinde in der Pappelallee statt.

Wahlverein für den 2. Berl. Wahlkreis. Montag, den 21. d. M., verstarb nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Schankwirt

Karl Schonheim. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Krankenhaus (Urban) nach dem Freiheitlichen Friedhof in der Pappelallee statt.

Konjunkturverein „Berlin-Süd“. Am 21. d. M. verstarb nach kurzem Krankenlager der Willensänder des Vereins und jederzeit tätiges Aufsichtsratsmitglied, der Schankwirt

Karl Schonheim. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus statt.

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlin und Umgegend. Montag, den 21. d. M. hat unser langjähriges Mitglied, Kollege

Karl Schonheim. Im 59. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Krankenhaus am Urban aus statt.

Wilh. Schwarze. Am 21. Januar sank entsetzlich in im Namen der Hinterbliebenen: W. Schwarze, P. Krause.

III. Wahlkreis. Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Platz 15:

Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Holkenbühr über: Beiträge zur Geschichte des deutschen Proletariats in den letzten zwei Jahrhunderten.

Achtung! Achtung! 6. Kreis. (Moabit.) Mittwoch, 23. Januar, ab. 8 Uhr, in Peters Gesellschaftshaus, Moabit 80-81:

Volks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zabel: Aus dem Reich des Herrn Minister Thielens, oder: Kann das Centrum tolerant sein?

hätten. Ja, die christlichen organisierten Arbeiter, die früher vor der Veräberung mit einem organisierten Socialdemokraten wie vor einem Peitranke zurückzudenken, fangen hier und dort sogar systematisch mit uns in Verbindung zu treten an.

Zum Schluß möchte ich mir noch eine Bemerkung gegenüber dem Herrn Staatssekretär des Innern erlauben. Der Herr Staatssekretär hat am 12. d. Mts. gesagt, wenn je an seiner Stelle ein Mann stände, der das Lob der Socialdemokratie fände, dann würde es um die Existenz des Reichs geschehen sein und die Socialdemokraten würden mit Recht das Gefühl der Befriedigung haben, daß sie am Ziel ihrer Wünsche angelangt wären.

Abg. Dr. Dize (L.): Auf die Ausführungen des Herrn Vordröners über den bischöflichen Brief will ich nicht eingehen, dazu wird noch später Gelegenheit sein.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe im Namen meiner Partei zu erklären, daß wir gegen die Resolution der Socialdemokraten in Sachen der 12000 Mark-Affaire stimmen werden.

Die Budgetkommission hat am Dienstag die Prüfung des Etats des Reichs-Eisenbahnamts noch nicht zu Ende geführt.

Parlamentarisches. Die Budgetkommission hat am Dienstag die Prüfung des Etats des Reichs-Eisenbahnamts noch nicht zu Ende geführt.

Die schlechte Besetzung des Reichstags macht sich nun auch für die Kommissionen fühlbar. So konnte am Dienstag die Justizkommission nicht tagen, weil nur acht ihrer Mitglieder anwesend waren.

Nun ist Herr Dize noch auf die christlichen Gewerksvereine und den Fuldaer Hirtenbrief zu sprechen gekommen. Man kennt doch niemals aus. Witz hat es sehr genundert, daß ein so erfahrener Parlamentarier wie er einer so brennlichen Sache nicht lieber in weitem Bogen aus dem Wege gegangen ist.

Dann ist in Ihren Reden in Bezug auf die Organisation der Arbeiter, von den Gesellenvereinen abgesehen, die hiermit nichts zu schaffen haben, lange gar nichts gesprochen, und das trotz Ihrer viel gerühmten Arbeiterfreundschaft.

Die Entwicklung ist über Sie hinweggeschritten. Die Thatsachen des wirtschaftlichen Lebens haben die von Ihnen organisierten Arbeiter die wirtschaftlichen Zusammenhänge erkennen gelehrt.

Sehr richtig, das ist gut, daß Sie das auch sagen. (Heiterkeit.) Es wurde weiter gesagt, die Herren sollten sich nur nicht träumen lassen, daß wir uns zum Kampfe gegen die Socialdemokraten verwenden lassen.

Der Fuldaer Bischofsbrief ist nun Say für Say eine Antwort auch die Ergebnisse des Frankfurter Kongresses. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In dem Brief wird erklärt, es sei irrig, daß die Befreiung der Wöhne und Arbeitsverhältnisse mit der Religion nichts zu thun habe.

Der Sturm, den das Hirten Schreiben in der katholischen Arbeiterschaft hervorgerufen hat und dann auch in der Centrumpartei, ist ja mit Aufwand sehr großer Mühe beschworen worden.

Der Effekt ist der, die Herren Bischöfe haben einfach nachgeben müssen und die christlichen Organisationen bestehen weiter fort, ganz so, wie wenn die Bischöfe nichts gesagt hätten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 23. Januar.
Opernhaus. VII. Sinfonie-Konzert der kaiserlichen Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Agnes Bernauer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Höhenpollern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Fischmann als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Weber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weihen. Hofmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Schöne von New York. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Bunter Theater: Hebräer. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Die Anne-Eise. Anfang 8 Uhr.
Eisen. Wilhelm Tell. Anfang 8 Uhr.
Selle. Alliance. Die kaiserliche Heirat. Anf. 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Hrania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Mittelmeerfahrten“.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen. Schwank in 4 Akten von Franz und Paul von Schöthan.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Tochter des Herrn Fabricius. Freitagabend 8 Uhr:
Freiwild.
Sonntagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Herr Senator.

Central-Theater.

Die Schöne von New York.
(The belle of New York.)
Burlad-Operette in 3 Akten von Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerker. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Die Schöne von New York.
Sonntagnachmittag: Vorstellung zu halben Preisen.

Apollo-Theater.

Phänomenaler Erfolg:
Valentine Petit
Les Minstrels parisiens
Helene Gerard • Rob. Steidl
und die 10 ausgezeichnetesten Spezialitäten.
Um 8 1/2 Uhr:
Des Löwen Erwachen.
Kom. Operette in 1 Akt v. J. Brandt. Anfang 8 Uhr.
Mittwoch-, Sonnabend- und Sonntag-nachmittag:
Grosse Zauber-Solree
von Ben-All-Bey.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.
Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
Gr. Ausstattungspost u. Gel. u. Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntagabend, 26. Januar: Benefiz für Emil Thomas. Amor von heute.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das durchweg neue und phänomenale **Januar-Programm!**
9 Uhr: **Men!** 9 Uhr:
Eine tolle Nacht!
Voll mit Gesang in 2 Akten von Rupp. Blech, Poljanitz; Dir. Rich. Winkler. Cecil St. Germain und Mlle. Therese. Neu! Im Reich der Fünfen! Neu! The 3 Hailons, humorvollste Revue-Produktionen.
Dazu 12 Schau-Nummern 1. Rangs.
Anfang 7 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.

GRANIA * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Mittwochabend 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
Im Hörsaal:
Geh. Rat Prof. Wedding: Der Baustoff der Neuzeit: Das Flusseisen.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung * *
Anfang: Sonntags 12 Uhr.
Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.
Neu! **Familie Neu!**
Tscherpanoff.
Russische Sänger- u. Tänzer-Gesellschaft.
Cirnoe. - Ravizetta d'Aragon und **erstklassige Spezialitäten 17**
Eintritt einschließlich Panoptikum 50 Pf.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Nur noch kurze Zeit:
Die wilden Weiber aus Dshomey.
Der sensationelle „Germanen-Saal“ mit plastisch. Gruppen-urgermanischer und alt-deutscher Trinker.
Zur Zweihundertjahr-Feier! Die preussischen Könige im Fürstensaal.
Die Herrscher Europas, Generale, Minister etc. etc.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum vorletztenmal:
Die Anne-Eise.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Zum letztenmal: Der **Brandstifter.**
Sonntagabendmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, kleine Preise:
Tausend und eine Nacht.
Sonntagabend zum erstenmal:
Die zwei Waisen.
Schauspiel in 7 Bildern von G. Scherzberg.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Die Grille.
Ländliches Charakterbild in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Donnerstag:
Hotel Klingebusch.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Berliner Ausstattungspost.
Das sensation. Debüt der **American Zouaven**
und das vollständig neue **Januar-Specialitäten-Programm.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der „Tollen Nacht“ 7 1/2 Uhr.
Wochen über a 11 gestiftet.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Heute, zum letzten Male:
Weihnachten in China.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen. Lustige Bagabonden.

Cirkus Busch
Mittwoch, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Gala-Abend.
Zum 56. Male:
Die eiserne Maske.
Gr. historisches Paneele-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Eine veritable Falkenjagd und Der feenhafte Goldstift mit der **Wunderfontaine.**
Auerdem: Europäische Kavallerien Gr. Quadrille, ger. in den Original-Uniformen sämtl. Staaten Europas auf 16 Schulpferden. Vortr. Progr. Sonntag, 27. Januar, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landpartien“, wozu jeder Erwachsene auf allen Stufen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske.

Maskengarderobe
von Adolf Runge,
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075,
empfiehlt den Herren seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage.
Großes Lager von Karneval-Kostümen.
Mittwoch, den 23. d. M., abends 9 Uhr.
Borsika-Säle, Kiderstraße 6-7:
Oeffentlicher Herren-Vortrag
bei jedem Entree. Thema: Medizinische Artikulur bei hohen, geheimen Weiden. Diskussion. Ausführliche Besprechung gratis. Kurzes Monolog. 17. (2301)

W. Bähe von 2 Mk. an
Teilszahlung.
Reparaturen in 2 Stunden.
Zahnziehen schmerzlos!
Plombieren, Spritzen, S.-S. Plombieren, Sprechröhre, 25. Blumenstraße 25. Ed. Karlsruher.
R. Lange,
sehr flott, ist per sofort oder 1. April prädestiniert zu verkaufen. Ausschuss über 600 Tomaten. Preis 8500 Mark. Wiete 1000 Mark. Kontant bar. Nähe Holzplatz. Offerten unter N. 2 an die Expedition des Blattes.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Sarre: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 333.
Mittwoch, 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Vertrauensmänner-Konferenz der Schlosser.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Vergnügen. 2. Wahl eines Branchen-Vertreters. 3. Verschiedenes.
110-20
In dieser Konferenz gelangen die Bilets zum Frühjahrsvergügen zur Kodgabe.
Die Ortsverwaltung.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.
Sonntag, den 2. Februar 1901,
in **Kellers Festsaal, Koppenstraße 29:**
Gr. Wiener Maskenball.
Vor der Demasikierung:
Großes Tournier zu Kägenellenbogen.
(Ritter, Ebedamen, Bagen, hüpfende Ritter zu Pferde und zu Fuß.)
Bilets sind bei folgenden Komitteesmitgliedern zu haben: D. Ränke, Riddar, Reiterstr. 24, D. 4 Tr.; G. Bohne, Brunnenstr. 141, D. 3 Tr.; P. Rührte, Prenzlauer Allee 204, D. 4 Tr.; Frau Köhler, Alexanderstr. 21, D. 4 Tr.; A. Schröder, Pannierstr. 3 im Laden; Kowaldt, Bernauerstr. 79, D. 3 Tr.; G. Kottlow, Schliemannstr. 29, Luery, part.; H. Braun, Barthelestr. 13, D. 2 Tr.; P. Galdauer, Krautstr. 26, D. 3 Tr.; G. Christens, Mühlenstr. 49, D. 3 Tr.; B. Wöhl, Am Oberbaum Nr. 2, 1 Tr.; und außerdem bei W. Rubenson, Bernauerstr. 134; B. Bömer, Ritterstr. 15; G. Böhm, Kommandantenstr. 63; G. Schulz, Brunnenstr. 14; H. Wolf, Pannierstr. 23; Fr. Tugauer, Brunnenstr. 152; W. Wende, Gollnowstraße 44, Luery, 2 Tr.; D. Weege, Ritterstr. 48, Luery, 2 Tr.; K. Wiegand, Urbanstr. 58 im Laden; Ed. Wegner, Stollbergstr. 59 im Laden; H. Wochhaupt, Treiße 1 im Laden; G. Schmidt, Tordowstr. 22 im Laden; und in unsern Veranstellungen. — Kostime zum Tournierzug zu bedeutend ermäßigten Preisen bei D. Schröder, Pannierstr. 3. (2206b) Anfang 8 1/2 Uhr. Bilets a 50 Pf. **Das Komitee.**

Cirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 23. Januar 1901, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
Fünftes großes internationales Rennen
auf dem ersten im Cirkus neu erbauten **Winter-Velodrom.**
Gente hatten: 1. Boquillon (Paris) gegen Peter (Berlin). 2. Arnd (Hannover) gegen Wolf (Berlin).
Drittes Devanche-Rennen
Krause (Berlin) gegen Robl (Hannover).
I. Preis: 1500 Mark. II. Preis: 1000 Mark. III. Preis: 500 Mark.
Sonder- und großartige Januar-Programm und Dir. W. Schumanns neuer Original-Programme. Um 7 1/2 Uhr: Das größte Paneele- und Wasser-schauspiel d. Gegenwart: **China** mit sämtl. Einlagen, 600 Mitwirkende.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Haxenfelds 21 und Jahnhst. 8 in **Schnegelsberg-Festsälen.** Anf.: Max Schindler. — Telefon: Amt IV a Nr. 8002. — **Genre: Grosser Ball.** 18 **Spezialität: 6 Cigarren** und echten **Weichelspitzen-Regen** 6 verbunden mit zhangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Sonntag, den 27. Januar:
Blünderung des Riesen-Weihnachtsbaums.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direction: Sonntag 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hatt.**
Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Achtung! MAURER. Achtung!
Donnerstag, den 24. d. M., abends präc. 8 Uhr, in Steherts Festaal, Andreasstr. 21:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Berotung des Vereinsstatuts. 2. Berirungsangelegenheiten. 3. Beschlußfassung über die Kodgabe des diesjährigen Sammelmaterials. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.
Der Vorstand. J. K.: Julius Gebl.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische 4 Kapellen 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Passage-Panoptikum
und Theater.
Neu! Die Neu!
12 unverbrennbaren Fakire
Die Sensation der Pariser Welt-Ausstellung.
Eintritt einschließlich Theater 50 Pf.

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Ergenomme unheilbare Männer-Weiden.“ Mittwoch, den 23. Januar, abends 9 Uhr, im Alten Schönenhause, Wilsenstr. 5. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Zellerksamlung.
Beachtenswert für **Lichtlermeister.**
Gegen Cassa laufe sofort jedes Quantum Kaffeeabdel. Off unter „Möbel“ Postamt 99. 22236

Neue Freie Volksbühne.
Sonntag, den 27. Januar, nachmittags pünktlich 2 1/2 Uhr, im Thalia-Theater, Dresdenerstr. 72:
Vorstellung der II. Abteilung: Die Wildente. Emanuel Reicher-Ensemble. Regie: Friedrich Moest.
Mitglieder zur II. Abteilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.
Am selben Tage, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Vortrag des Dn. Dr. Köppon über „Arnold Böcklin, sein Leben und sein Werk“ mit Projektion Böcklinscher Gemälde (meist farbige).
Nach dem Vortrag: **Tanz-Kränzchen.**
Karten a 30 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.
J. K.: G. Rest. Kaiserstr., Georgenstr. 47, I. 150/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 23. Januar 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Weddingpark“, Müllerstr. 178:
Branchen-Versammlung
der Model- u. Fabrikarbeiter sowie Modelldrechsler.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Steiner: „Der Ursprung des Menschen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Satzscheiden und pünktlichem Erscheinen steht entgegen.
Der Obmann.

Mittwoch, den 23. Januar 1901, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Mann, Strausbergerstr. 3:
Branchen-Versammlung
aller in der Laden- und Comptoireinrichtungs-Branche beschäftigten Kollegen.
Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Lage in unserer Branche. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Maskenball
am Sonnabend, den 26. Januar 1901, in den gesamten Räumen von **Keller, Koppenstraße 29** und bei **Bernau, Schwedterstraße 23-24.**
Bilets auf allen Zahlstellen und auf dem Bureau im Gewerkschaftshaus. **Bilets 50 Pf.**

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.
Freitag, den 25. Januar, abends präcise 8 1/2 Uhr:
Ausserordentl. General-Versammlung
im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
Anträge: Erhöhung des Vereinsbeitrags usw. (Auf Grund der Annahme des Antrags betriebe „Größe Unterfügung für arbeitslose Kollegen für die Monate Januar und Februar“).
Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.
Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.** 30/4

Rohrleger und Gehilfen.
Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dräsel, Neue Friedrich-Strasse Nr. 35:
Versammlung
der bei Jungemeistern beschäft. Rohrleger u. Gehilfen
Tages-Ordnung:
Bericht des Gesellen-Ausschusses und der Schiedsgerichts-Richter und Auswahl derselben. [111/1] **Der Gesellen-Ausschuss.**

Handlungsgehilfen! Handlungsgehilfinnen!
Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsaal, Beuthstr. 20-21:
Oeffentliche Versammlung.
Kaufmännische Schiedsgerichte herau!
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Dreesbach.**
Nach dem Vortrag freie Kodsprache.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.
1111b

Kupferschmiede!
Sonntag, den 26. Januar 1901, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Gr. Wiener Maskenball.
Ueberraschungen aller Art sowie eine **Grosse Aufführung** unreses Gesangvereins (W. d. K. S.) werden den Abend zu einem genussreichen gestalten.
Hierzu ladet freundlich ein **Das Komitee.**
NB. Bilets a 50 Pf. sind erhältlich bei: G. Rabner, Geißeistr. 22, H. Kordomica, Stargarderstr. 3, Jamsoto, Wrangelstr. 87 und den bekannten Kollegen.
Achtung! Achtung!

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin II).
Sonntag, den 26. Januar, im Moabiter Gewerkschaftshaus (Gellumt Peterd), Alt-Moabit 80-81:
Großer Wiener Maskenball.
Anfang 8 1/2 Uhr. Bilet 50 Pf. Ende ???
Bu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.** 22/6

In dem Prozeß gegen die Gründer der „Helios“-Gesellschaft wurde gestern die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Der Angeklagte Rechtsanwalt G a a l e weist weiter darauf hin, daß er äußerst vorsichtig vorgegangen sei.

Nach Ansicht des Sachverständigen Kr a u s e ist die Gesellschaft schon am 31. August 1895 zahlungsunfähig gewesen.

Die beiden Angeklagten bestreiten, daß die Zahlungsunfähigkeit schon im August 1895 vorgelegen habe.

Der Angeklagte Heimide behauptet, daß er dem Fräulein nach bestem Wissen nur wahre Thatfachen mitgeteilt habe.

„Schmierer“ beim Militär. Wegen Verleumdung eines Bezirksfeldwebels hatte sich gestern der Kaufmann Hugo Alt-

Versammlungen.

Eine öffentliche Tapezierer-Versammlung, die stark besucht war, tagte am Montag in Lohs Saal.

Die Versammlung protestiert gegen die Absicht des Innungsvorstands, die Kattzeuner-Kommission aufzulösen.

den Antrag des Vorstands ablehnen wird, und es dem Vorstand anheimgibt, auf Grund des Vergleichsvertrags innerhalb 6 Wochen

Sämtliche Diskussionsredner, sowohl die von der zentralen wie die von der lokalen Richtung, sprachen gegen die Absicht

Die Filiale Berlin des Centralverbands der Töpfer hielt am 16. Januar ihre Generalversammlung ab.

Der Allgemeine Arbeiter und Arbeiterinnen-Verein hielt am Mittwoch, den 16. Januar, seine allgemeine Generalversammlung

Der Verband der Tapezierer hielt am Dienstag in den „Kaminhallen“ seine kombinierte Versammlung ab.

Der Verband der Stock- und Schirm-Arbeiter hielt am 16. Januar im Gewerbekassenhause eine Mitglieder-Versammlung

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins tagte am 16. Januar in Mittes Volksgarten, Berlinerstr. 40.

Für Tempelhof, Mariendorf, Mariensfelde tagte am Sonntag, den 13. d. Mtz., im Lokale des Herrn Teutschlein

Genossin Thiel besprochene Frauenbewegung hervor. An derselben nahmen teil die Genossen Grentlich, Senger, Thiel,

„Lichtenberg.“ Die Wohnungsfrage in Staat und Kommune lautete das Thema einer stark besuchten Versammlung,

Heute abend 9 1/2 Uhr im Bürgerhof des städtischen Rathhauses: Monatsversammlung, Vortrag des Hr. William Sanders,

Vandemannsche des Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Kührordenliche Generalversammlung

Eingegangene Druckschriften.

Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben. Zusammengefaßt im Auftrage der Generalkommission

Vermishtes.

Ein schwerer Unfall hat das Schiffschiff „Stein“ in Kiel betroffen. Das Schiff erlitt bei seiner ersten Probefahrt

Word auf einem Schiff. An Bord des Elbflöther Schiffes „Jenny“ wurde, wie aus Bremen gemeldet wird,

Marktpreise von Berlin am 21. Januar 1901

Table with 4 columns: Commodity (Weizen, Roggen, etc.), Unit (per 100 lb), Price (Mark), and another Price (Schilling). Rows include various grains and oils.

Produktenmarkt vom 22. Januar. Der Getreidemarkt befindet sich ziemlich feste Tendenz bei hohem Verkehr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.